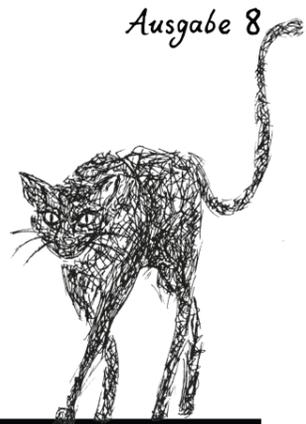




Tacheles

kritisch · solidarisch · lokal



Im Labyrinth der Bürokratie.

(Illustration: Herta Ä.)

In meinem Kopf tobt ein ständiger Krieg

Leben nach der Flucht aus der Ukraine

Momentan fliehen viele Menschen aus der Ukraine, um dem Krieg zu entkommen. Mehr als 600.000 erreichten Deutschland, aber nicht alle von ihnen haben dieselben Möglichkeiten...

→ Fortsetzung auf Seite 10

Auszubildende im Gesundheitssektor kämpfen für ihre Rechte

Seit dem 1. Mai streiken die Beschäftigten der sechs Unikliniken in Nordrhein-Westfalen. Es geht um Entlastung, und das nicht nur für die Pflege. Dass die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem prekär sind, ist spätestens seit der Pandemie allen bekannt. Trotz viel Klatschen und großen Gesten der Anerkennung für die Pflegeberufe zeigt sich nach mehr als dreißig Tagen Streik: Das Bewusstsein für die Missstände im Gesundheitssektor ist selbst nach zwei Jahren globaler Pandemie nicht ansatzweise deckungsgleich mit der Realität, mit der Mitarbeiter*innen und Patient*innen in den Krankenhäusern tagtäglich konfrontiert werden. Die nichtpflegerischen Bereiche wie Betriebskindertagesstätten, Reinigungskräfte, Patient*innentransport, Labor, Küche, Diätassistent*innen, Patient*innenservice und Hebammen haben trotz allem bisher wenig bis keine Sichtbarkeit und werden in der Diskussion um bessere Arbeitsbedingungen meist völlig

außer Acht gelassen. Eine Gruppe, die besonders darunter leidet, sind die Auszubildenden und (Dual-) Studierenden aller Bereiche im Gesundheitssektor. Das ist in dieser Tarifrunde und vor allem in Aachen nochmal besonders deutlich geworden.

Die politisch verursachte Personalflucht gefährdet die Ausbildungsqualität

Gerade als Universitätsklinik sollte das Aachener Klinikum einen hohen Standard auch bei der Ausbildung anstreben – so würde man zumindest meinen. Doch der Personalmangel oder korrekter ausgedrückt die diesen Mangel auslösende politisch verursachte Personalflucht aufgrund von schlechten Arbeitsbedingungen lassen eine adäquate Ausbildung vor allem in der Praxis kaum noch zu. Die Ausbildungsbedingungen sind mittlerweile nicht mehr tragbar.

→ Fortsetzung auf Seite 4



Beschäftigte der UKs bei zentralem Streiktag.

(Foto: Organizi.ng GmbH)

Editorial

Der Sommer ist da und damit auch die achte Ausgabe der Tacheles!

Dieses Mal gibt es nicht nur viel zu lesen, sondern auch viel zu schauen: eine ganze Doppelseite voll mit Kunst und Poesie. Inhaltlich widmen wir uns wieder besonders ausführlich dem Arbeitskampf in den Unikliniken in NRW sowie dem russischen Angriffskrieg und seinen Folgen. In dieser Ausgabe haben wir uns außerdem besonders viel Mühe gegeben, viele Stimmen von außerhalb einzufangen – ihr findet drei Interviews, in denen es um Streik, Flucht und Musik geht. Wieder dabei ist auch das selbstgemachte Kreuzworträtsel inklusive Gewinnspiel! Ein Datum für die nächste Tacheles-Release-Kneipe jibbet noch nicht. Aber haltet Augen und Ohren offen und schaut ab und zu beim AZ Aachen nach – es wird auf jeden Fall wieder eine geben!

Wir freuen uns weiterhin über Leser*innenbriefe, Kritik, Ideen und Einsendungen von Kunst oder Artikeln. Und ein besonderer Wunsch von uns für die nächste Ausgabe: Ein leckeres Rezept. Schickt uns einfach eine Mail!

Wir wünschen euch ganz viel Spaß beim Lesen!

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen

Was steckt drin?

Lokal: Leerstand als Möglichkeitsraum · Protestkultur 2

Lokal: Solidarität statt Angst · Kurzinterview mit FYUS · Keine Kameradschaft - Kein Problem? 3

Arbeitskampf: Auszubildende im Gesundheitssektor kämpfen für ihre Rechte · Interview mit einer Pflegefachkraft · Grenzen überall! 4

Arbeitskampf: Interview mit einer Pflegefachkraft 5

Raum für Kreatives 6

Raum für Kreatives 7

Arbeitskampf: Sexarbeit hat viele Gesichter 8

Internationalismus: Mit Blick nach Kurdistan 9

Krieg in der Ukraine: In meinem Kopf tobt ein ständiger Krieg 10

Krieg in der Ukraine: Vom Standpunkt des Kommunismus aus, bestenfalls fragwürdig · Protestkultur 11

Horoskop · Szene-Glossar · Kreuzworträtsel 12

Keine Kameradschaft – Kein Problem?

Die Aktivitäten der letzten Überreste der KAL

Bis vor ungefähr zehn Jahren galt Aachen – neben Dortmund – als eine der Neonazi-Hochburgen in Westdeutschland. In den letzten Jahren ist es allerdings spürbar ruhiger geworden um die vormalige „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) und ihre Nachfolgestrukturen „Die Rechte“ und „Syndikat 52“. Ein paar der verbliebenen Nazis verfolgen inzwischen eine von „klassischer Kameradschaftsarbeit“ weit entfernte Praxis.

Ein kurzer Rückblick

Neo-nazistische Praxis ging vor allem von der in Aachen und umliegenden kleineren Städten wie Heinsberg, Düren und Stolberg aktiven KAL aus. Gegründet wurde sie im Jahr 2001 als Stammesprojekt von dem bundesweit vernetzten Funktionär der FAP (Freie Arbeiter Partei) Christian Malcoci, dem ehemaligen Vorsitzenden der Wiking-Jugend Wolfram Narath und dessen Frau. War sie zunächst wohl eher ein Auffangbecken für versoffene Skinheads, entwickelte sich die Kameradschaft im Laufe der Zeit zur stärksten Neonazi-Organisation in der Region. In der Hochphase ihres Bestehens zählte sie rund 60 Mitglieder und ein weitaus größeres Umfeld. Die KAL war gut mit der Aachener Fußballszene vernetzt und stand in regem Kontakt zu militanten Nazistrukturen in der BRD und den Niederlanden. Regelmäßig wurden Nazi-Festlichkeiten und Vorträge organisiert und in den Jahren 2008-2012 organisierte die KAL in Stolberg den größten jährlich stattfindenden Naziaufmarsch in Westdeutschland. Zu dieser Zeit versuchten sie auch, eine Immobilie im Aachener Stadtzentrum zu erwerben. Der Plan scheiterte an handfestem antifaschistischen Einschreiten.

Mit diesen Aktivitäten ging eine Reihe schwerer Übergriffe auf Linke, Andersdenkende und Migrant:innen einher. Angefangen bei regelmäßi-

gen Prügelattacken in der Aachener Pontstraße über bewaffnete Angriffe auf Demonstrationen und das Autonome Zentrum bis zu dem Versuch zweier Kameraden, eine selbstgebastelte Bombe auf einer linken Demo in Berlin zu platzieren. Im Jahr 2012 wurden dann die drei aktivsten Kameradschaften in NRW – die KAL, der „Nationale Widerstand Dortmund“ und die „Kameradschaft Hamm“ – vom Innenministerium verboten.

Wider Erwarten hatte dies zumindest in Aachen große Auswirkungen. Zwar wurden die Kameradschaftsaktivitäten von dem neu gegründeten Ableger der Partei „Die Rechte“ weitergeführt, die Übergriffe nahmen jedoch in Intensität und Häufigkeit spürbar ab und auch der Aufmarsch in Stolberg konnte nicht fortgeführt werden. Inzwischen lassen sich die letzten Aktiven der KAL-Nachfolgestruktur „Syndikat 52“ im alten Einflussgebiet fast an einer Hand abzählen und außer dem gemeinsamen Besuchen von Demonstrationen treten sie nicht mehr öffentlich in Erscheinung.

Keine Kameradschaft, Kein Problem?

Das soll nicht heißen, dass es in Aachen und Umgebung keine Nazis mehr gibt.

Es scheint wenig glaubwürdig, dass vormalige Mitglieder einer so militanten Kameradschaft aufgrund eines Verbotes ihre Neonazi-Ideologie ablegen und in eine bürgerliche Existenz flüchten. Die rassistisch und antisemitisch motivierten Anschläge in Halle und Hanau sowie der Mord an Walter Lübcke lehnen uns, dass vor allem von angeblich „abgekühlten“ Neonazis eine erhebliche Gefahr ausgeht. Außerdem heißt ein Fernbleiben von öffentlichen rechten Events nicht, dass diese Leute nicht weiterhin aktiv sind. Ihr Potential zum Terror haben genau diese Personen in ihrer Zeit bei der KAL schon unter Beweis gestellt.

→ Fortsetzung auf Seite 3

Protestkultur in Aachen

Hier findet ihr einige Kurzmeldungen zu Protestaktionen in und um Aachen. Wenn ihr etwas verbrochen habt und es hier auftauchen soll, schreibt uns eine Mail! Uns geht leider immer etwas durch die Lappen, weil einfach zu viel passiert, deswegen erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

11. Juni: CSD in Aachen. Mehrere hundert Menschen ziehen mit Regenbogenfahnen unter dem Motto „mach dich groß“ durch die Stadt.

09. Juni: Kundgebung der Seebrücke Aachen am Markt setzt ein Zeichen der Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Es können 115 Euro für Sea-Eye gesammelt werden.

04. Juni: Queerfestival im besetzten Kloster in der Lousbergstraße.

04. Juni: Fridays For Future Fahrraddemo für Klimagerechtigkeit und Verkehrswende.

17. Mai: Vor dem Uniklinikum Aachen kämpft und streikt das Bündnis Notruf NRW mit zahlreichen Menschen für den Tarifvertrag. Demo mit ca. 300 Menschen vom Streikposten aus um den Parkplatz der Uniklinik und am Verwaltungsgebäude vorbei.

13. Mai: Kundgebung von Fridays For Future für eine bessere Zukunft und Klimagerechtigkeit im Hier und Jetzt! „Wählen reicht nicht“.

12. Mai: Um gegen das brutale Grenzregime der EU zu protestieren, wird in der Pontstraße ein „Grenzzaun“ installiert und der Durchgang damit für ein paar Stunden blockiert. Am Zaun hängen Zettel, die die Aktion erklären und auf das Sterben an den Grenzen hinweisen.

08. Mai: Unter dem Motto „Sprayen gegen Deutschland und das Patriarchat“ besprühte eine militante, wütende queere feministische Gruppe aus Aachen das Gefallenendenkmal Marienburg in der Nacht auf den 8. Mai. Die Gruppe fordert aktive Entnazifizierung und Aufarbeitung der Vergangenheit und Gegenwart. Das „Mariendenkmal“ ist ein Vorzeigebispiel der NS-Ideologie und Propaganda. 1933 wurde es als Denkmal für gefallene Soldaten des 1. Weltkrieges vom damaligen NSDAP Oberbürgermeister Quirin Jansen eingeweiht und besteht bis heute ohne hinreichende Aufarbeitung.

07. Mai: Die Omas gegen Rechts versuchen anlässlich der Landtagswahlen, am Elisabethbrunnen mit Menschen ins Gespräch über die AfD zu kommen. Sie haben einige Fakten zu der extrem rechten Partei zusammengestellt.

07. Mai: „Kapitalismus raus aus der Klinik!“ Gemeinsame Anreise aus Aachen zur Großdemonstration in Düsseldorf von Notruf NRW. Demonstriert wird für einen Tarifvertrag für in der Pflege Beschäftigte.

30. April: „Solidarität mit den Streikenden!“ Spontane Demonstration mit Pyro durch das Aachener Ostviertel in der Walpurgisnacht.

30. April: Queerfeministisches Wochenende im besetzten Kloster mit diversen Programmpunkten.

Leerstand als Möglichkeitsraum

Häuser wie die Villa Monheim in Aachen müssen nicht leerstehen – mit Kreativität und Initiative zur Umnutzung

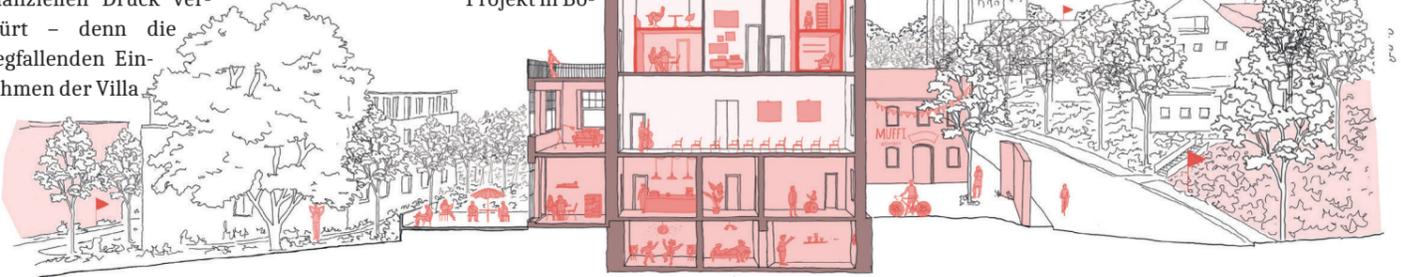
Viele deutsche Städte, darunter auch Aachen, leiden an Wohnungsnot, steigenden Mieten und zunehmender sozialer Ungleichheit. Urbaner Wohnraum wird durch Zuzug und einen immer höher werdenden Flächenbedarf pro Person immer knapper. Doch sieht man sich in der Stadt um, fallen vielerorts leerstehende Gebäude auf. Anstatt den Bestand als schon bestehendes Materiallager zu schätzen und weiterzudenken, wird er als unattraktiv abgestempelt, mit ihm spekuliert oder abgerissen.

Leerstand in öffentlicher Hand

Während die Einflussnahme auf Leerstand im privaten Sektor komplex ist – da Regulationen wie eine Leerstandssteuer fehlen – stellt sich die Frage, warum auch Gebäude der öffentlichen Hand mitten in Aachen leer stehen. Hierzu gehören Gebäude wie das ehemalige Polizeipräsidium, das alte Straßenverkehrsamt, das Terrassenhaus der RWTH auf der Hörn und die gegenüberliegende Villa Monheim. Die aufgezählten Gebäude sind alle in öffentlicher Trägerschaft durch den BLB, den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW. Wir schauen uns ein Beispiel genauer an – die Villa Monheim. Trotz der attraktiven Lage und dem dringenden Raumbedarf von Uni und Stadt steht sie seit mittlerweile 11 Jahren leer und eine Weiternutzung ist nicht in Sicht.

Die Frustration der Zivilgesellschaft wurde 2018 mit der Besetzung eines Nebenhauses der Villa, der „Muffi 5“ deutlich.

Die Frustration der Zivilgesellschaft wurde 2018 mit der Besetzung eines Nebenhauses der Villa, der „Muffi 5“ deutlich. Der Aktivismus brachte das wichtige Thema zwar wieder in die Öffentlichkeit, sorgte aber für keine langfristige Veränderung. Der BLB selbst ist in einer Patt-situation, in der er die Villa nach seinem derzeitigen politischen Auftrag nicht entwickeln kann und darf: Die Villa Monheim ist mit ihrer schadstoffbelasteten und teils verfallenen Bausubstanz ein komplexes Gebäude. Solche Gebäude übersteigen die Kapazitäten des BLBs, da dieser seine Aufmerksamkeit primär auf die Deckung von landeseigenen Bedarfen legt. Durch ihre sanierungsbedürftige Bausubstanz, die Größe und den vermuteten negativen Ertragswert, kann der BLB, der verpflichtet ist, wirtschaftlich zu handeln, die Villa nicht entwickeln. Auch ein Verkaufsprozess scheitert. Dadurch, dass der BLB NRW selbst nur einen geringen finanziellen Druck verspürt – denn die wegfallenden Einnahmen der Villa



Vision für die Villa Monheim (Eva und Anna): Leben statt Leerstand - so könnte es in der Villa Monheim aussehen.

(Grafik: Eva und Anna)

Monheim können durch Mieteinnahmen anderer Gebäude kompensiert werden – fehlt der Handlungsdruck. Das Resultat ist jahrelanger Stillstand.

Zwischennutzung als Lösung

Es muss eine Zwischenlösung zwischen Leerstand und Abriss gefunden werden. Durch alter-

native bauliche, organisatorische und strukturelle Lösungen können Leerstände wie der der Villa Monheim wieder einer gemeinwohlorientierten Nutzung zugeführt werden. Mit Kreativität, Mut und Einsatz ließe sich das komplexe Gebäude nutzbar machen. Dabei ist die zentrale Frage: „Wie wenig ist genug?“. Das heißt: wie kann man mit möglichst geringem Einsatz von materiellen Ressourcen und monetären Aufwand Bestand nutzbar machen? Wie können wir Abriss und Leerstand verhindern? Eine Frage, die nicht nur darauf abzielt, bestehende bauliche Anforderungen und Richtlinien zu hinterfragen, sondern auch auf Verhalten von Nutzer:innen anspielt. Was brauchen wir wirklich und was ist eigentlich Luxus?

Zahlreiche Beispiele aus NRW zeigen, dass alternative Trägerschaftsmodelle eine Nutzarmachung von Leerständen ermöglichen können. Erprobte Herangehensweisen zeigen auf, wie der komplexe Weg hin zu einer Umnutzung gelingen kann. Hierbei lohnt es sich, bestehende Prozesse zu hinterfragen und eingefahrene Strukturen aufzubrechen. Zum Gelingen eines Projektes ist ein interdisziplinäres Arbeiten unumgänglich. Hierbei werden Akteur:innen wie die Stadt, Bürger:innen, Stiftungen, Handwerker:innen, Stadtmacher:innen etc. in den Entwurfs- und Bauprozess einbezogen. Durch die enge Zusammenarbeit kann flexibler auf Probleme reagiert werden.

Andere Projekte machen's vor

Durch Verkauf, Übertragung, Vermietung oder Verpachtung von Leerständen kann die Trägerschaft in eine andere öffentliche oder private Hand übergehen. Auch privatgewerbliche Akteur:innen, Stiftungen und die Zivilgesellschaft können zu einer gemeinwohlorientierten Nutzung beitragen. Die Ko-Fabrik in Bochum beispielsweise hat es durch die Einbindung einer Stiftung mit Initialkapital-Prinzip geschafft, ein gemeinnütziges Projekt aufzubauen. Ein neuer Trägerverein konnte durch die einmalige Förderung einer Stiftung einen Kredit aufnehmen. Damit wurde das Gebäude minimalinvasiv saniert: Es wird so viel wie möglich erhalten – so wenig wie möglich abgerissen. Durch den behutsamen Umgang mit dem Bestand kann flexibler auf Probleme wie Schadstoffbelastung reagiert werden. Heute können gemeinnützige Vereine und Initiativen mit vergünstigten Mieten in das Projekt einziehen, während feste Mieter:innen

eine reguläre Miete zahlen. Durch das Projekt in Bo-

chum entstehen soziale und monetäre Rendite für das gesamte Quartier.

In einem anderen Projekt hier in Aachen – den Meffis – wird klar, dass solche Modelle auch mit einer städtischen Trägerschaft funktionieren. Nach einem professionell unterstützten Umbau mit minimalinvasiven Eingriffen eröffnen im Juli 2022 die ehemals leerstehenden Laden-

lokale. Die Meffis schaffen ein soziokulturelles Zentrum in der Mefferdatisstraße – einen Freiraum für Begegnung, kreative Entfaltung und gesellschaftliches Engagement. (Mehr zu den Meffis findet ihr in der Infobox.) Werden Gebäude wie die Villa Monheim an die Stadt Aachen übertragen oder temporär verpachtet, können mit Hilfe einer städtischen Entwicklungsgesellschaft und Stadtmacher:innen dauerhaft öffentlich geförderte Projekte entstehen.

Mit Urban Mining zur Bauwende

Eine solche Übertragung der Villa Monheim an die Stadt fordern Kommunalpolitiker:innen in Aachen (Fraktion die Linken) in mehreren offenen Briefen an die Landesverwaltung. Anderen Weges haben Kommunen häufig keine Chance, die landeseigenen Immobilien, die zu hohen Preisen auf dem freien Markt veräußert werden, zu erwerben.

Ein Lösungsvorschlag ist ein Vorkaufsrecht von Kommunen gegenüber privaten Investor:innen.

Ein Lösungsvorschlag ist ein Vorkaufsrecht von Kommunen gegenüber privaten Investor:innen. Grundsätzlich sollte das Problem im größeren Kontext betrachtet und das marktwirtschaftliche Handeln öffentlicher Akteur:innen infrage gestellt werden. Das Land NRW bestimmt über den politischen Auftrag des BLBs. Dazu gehören auch Kriterien, nach denen der BLB derzeit Wirtschaftlichkeit bemessen muss. Indikatoren wie ressourcenschonendes Bauen, Lebenszykluskosten und ideelle Mehrwerte von Gebäuden haben darin bislang keine Bedeutung. Ein Paradigmenwechsel weg von einer linearen Wirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft muss her. Um weitere Bodenversiegelung zu verhindern, sollte sich das Bauen mehr auf Urban Mining – der Wiederverwertung von Materialien des schon Bestehenden – fokussieren. Die große Anzahl an Leerständen zeigt, dass das heute noch nicht gelingt. Bestandsentwicklung ist nicht nur die Bauaufgabe der neuen Generation von Architekt:innen und Stadtplaner:innen, sondern benötigt das Umdenken der ganzen Gesellschaft. Hoffnung bringend sind politische Ansätze wie die Neue Leipzig Charta für Stadtentwicklung der Minister:innen, die europäische und internationale Abkommen wie die Nachhaltigkeitsziele auf städtischer Ebene betrachtet. Sie schreibt den Kommunen eine große transformative Kraft zu und fordert mehr Bottom-up-

Ansätze durch kollaborative Stadtentwicklung. Neben den in der Charta geforderten Punkten, liegt viel Potenzial im individuellen Handeln, um Leerstand zu vermeiden und eine Bauwende voranzutreiben.

Eva und Anna

Mehr Infos zum Projekt der Meffis findet ihr unter: www.meffis.org
Ihr wollt euch engagieren oder habt Interesse an dem Projekt, dann meldet euch bei: info@meffis.org

Weiterführende Links:

Ko-Fabrik Bochum: <https://www.montag-stiftungen.de/handlungsfelder/chancengerechte-stadteilentwicklung/kofabrik> • Neue Leipzig Charta: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklarungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=6

→ Fortsetzung von Seite 1: Keine Kameradschaft – Kein Problem?

So finden weiterhin gut besuchte Veranstaltungen auf dem Anwesen des ehemaligen Kameradschaftsführers Rene Laube in Vettweiß-Kelz statt, zu denen auch Vertreter bundesweit organisierter Nazistrukturen wie „Combat 18“ oder der „Hammerskins“ anreisen. Laube selber scheint sich von seinem alten Schlägerimage lossagen zu wollen und organisiert brav Demonstrationen für „Die Rechte“ und bekleidet dort den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbands. Andere alte KAL-Mitglieder und deren Familien stehen weiterhin miteinander in Kontakt, auch wenn sie ansonsten keinerlei politischen Aktivitäten mehr nachzugehen scheinen.

Business für die militante Naziszene

Für mehr Aufsehen sorgte das Treiben der vor-maligen KAL-Mitglieder Timm und Karl Malcoci. Neben ihren Versuchen zur Nachwuchsgewinnung für den – quasi nicht existierenden – Ableger des Syndikat 52 in Aachen betrieben die Söhne des KAL-Gründers Christian Malcoci einen florierenden Darknet-Shop für Kokain, Amphetamine und andere Drogen.

2017 kam es zum Eklat, als SEK-Einheiten das Haus der Beiden in Aachen durchsuchten und dabei Drogen im Kilobereich sicherstellten. Die Ermittlungen wegen Drogenhandels liefen schon seit drei Jahren.

Die Gewinne von mehreren 100.000 Euro in Cryptowährung, die sie gemeinsam mit zwei weiteren Männern aus der Aachener Nazi- und Hooliganszene und vermutlich noch anderen Gesinnungsgenossen erwirtschafteten, sind bis heute unentdeckt.



Mit Vollstoff für die nationale Bewegung? - Mit ähnlichen Bildern warb der Drogenversand der Neonazis für ihre „Produkte“.

Nach kurzer Zeit in Untersuchungshaft wurden Timm und Karl sowie ein weiterer Beschuldigter zu Haftstrafen von 1,5 bis 5 Jahren verurteilt. Nachdem sie diese gegen Ende 2020 antraten, wurde bekannt, dass zumindest Timm Malcoci seine Geschäfte weitergeführt hatte.

Er ist nämlich auch im Prozess gegen die Rocker-ähnliche Nazi-Gruppierung „Turonen“ in Thüringen angeklagt, der derzeit vor dem Landgericht Gera stattfindet.

Die Turonen sind der Thüringer Ableger des internationalen Combat 18-Netzwerks und spielen eine wichtige Rolle im Rechtsrock-Business. Außerdem beteiligen sie sich am Drogenhandel mit Kokain und Methamphetamin sowie am Rotlicht-Geschäft, wozu sie in Thüringen drei Immobilien unterhalten.

Erste Anhaltspunkte für diese Verbindung lieferten bereits Malcoci's Auftritte als Musiker unter den Pseudonymen „Nordic Walker“ und „Timm Diesel“. Zusammen mit dem Nazirapper „Makss Damage“ trat er auf vier Rechtsrock-Events auf. Beim „Rocktoberfest“ in Unterwasser (Schweiz) und beim „Rock gegen Überfremdung“ in Thamar wurden sie zusätzlich vom ehemaligen KAL-Mitglied Peter Salber (Künstlername „Hakkepeter“) begleitet. Organisiert wurden die beiden zuletzt genannten Konzer-

te maßgeblich von den Turonen. Die Gewinne wurden wohl auch zur Unterstützung einiger Turonen im Prozess wegen des brutalen Überfalls einer Kirmesgesellschaft in Ballstädt verwendet.

Timm wird nun vorgeworfen, die Gruppe mit Kokain aus den Niederlanden versorgt zu haben, welches mit Kurieren, vermutlich Bekannten aus der Aachener Naziszene, nach Thüringen transportiert wurde. Schon im Prozess wegen des Onlinehandels gab Karl Malcoci an, seine Ware über einen ominösen Holländer bezogen zu haben.

Die ständigen Haftaufenthalte führten zum vollständigen Zusammenbruch der kleinen Schlägertruppe aus jugendlichen Neonazis

Die ständigen Haftaufenthalte führten zum vollständigen Zusammenbruch der kleinen Schlägertruppe aus jugendlichen Neonazis, die Timm Malcoci um sich geschart hatte. Außerdem kam der Handel mit „volksschädlichen Substanzen“ bei den spießigen Gesinnungsgenoss:innen nicht sehr gut an. Wir können nur mutmaßen, doch steht dies wohl in keinem Vergleich zu den Beiträgen, die sie mit ihren Einnahmen zu anderen teuren Unterfangen leisteten: Der Unterstützung militanter Neonazis auf der Anklagebank oder im Untergrund, dem Erhalt und Aufbau weiterer Infrastruktur, wie Immobilien oder Großveranstaltungen oder den Vorbereitungen auf einen Umsturz am Tag X.

AK Antifa Aachen

Nähere Infos zu den „Turonen“ und dem Abgesang des Aachener S52-Ablegers: <https://lotta-magazin.de/ausgabe/85/rechtsrock-drogenhandel-geldw-sche> • <https://akantifaac.noblogs.org/post/2021/07/09/aachener-neonazi-timm-malcoci-ist-mitbeschuldigter-im-verfahren-gegen-die-turonen/>

Kurzinterview

Drei Fragen an Max, den Drummer von FYUS „Schlecht vorbereitete Journalisten sind die schlimmsten.“

Das Album, was ihr als Band FYUS gedroped habt, heißt „Joy in Despair“. Was wollt ihr uns damit sagen?

Wie vieles in unserer Band werden so Titel massiv diskutiert. (lacht) Ich könnte da sehr viel zu erzählen, aber nicht jetzt. Als wir das Album fertig hatten haben wir überlegt: Was sind so die Gefühle, die vorkommen? Da haben wir wirklich eine Liste gemacht mit den Gefühlen, die in den Texten auftauchen. Das war in erster Linie „Despair“, also Verzweiflung. Zum Beispiel Verzweiflung über Zustände an den Europäischen Außengrenzen oder auch in unserer Gesellschaft, was toxische Männlichkeit angeht oder einfach Verzweiflung an sich. Diese Gesellschaft macht ja auch krank. Es geht häufig um das Thema Depression und ja, der Verzweiflungspart ist auf jeden Fall da. Aber wir versuchen auch immer den Funken Hoffnung, den Funken Freude darin zu finden. Unsere Musik soll ja nicht verzweifelt zurücklassen, sondern soll dir auch wieder einen Schub nach vorne geben. Vor allem in dem Song „Under the Pavement“, das bezieht sich ja auf diesen alten Sponti-Spruch „unter dem Pflaster liegt der Strand“, geht es in den Strophen viel darum, wie scheiße alles um einen herum ist. Wir werden von den Medien überhäuft mit tausend schlechten Nachrichten, die einfach neben guten Nachrichten oder total Banalem stehen, und alles wird zu einem Brei. Im Refrain ist dann irgendwie der Befreiungsschlag und die Idee davon, das alles kaputt zu machen, stark. Das ist dann verbunden mit großer Freude – also „Joy“. Es geht auch darum, gegen die Vereinzelung anzukommen und gemeinsam Freude zu haben, vielleicht auch beim gemeinsamen Kaputtmachen des Alten.

Im Song „To Jody“ macht ihr gut vor, wie mensch die meist zu Resignation führenden Erfahrungen der Fluchthilfe an den Grenzen Europas verarbeiten kann. Was passiert da in diesem Bearbeitungsprozess bei euch, wenn

ihr den Song wieder und wieder vor verschiedenem Publikum spielt?

Das ist tatsächlich total schön, was da passiert. Zu diesem Song mache ich fast immer eine Aussage, weil der Text dazu von mir kommt und das auch meine Erfahrung ist um die es da geht. Ich erzähle dann immer ein bisschen zu dem Hintergrund von dem Song. Dann kommt entweder schon während des Songs Rückmeldung in dem Sinne, dass Leute im Publikum angefangen zu weinen oder das man diese Betroffenheit im Raum spürt. Während sich bei den wilden Parts in den Songs davor alle Leute bewegt haben, sind die bei „To Jody“ dann total erstarrt und nachdenklich. Mit dem Song will ich Leute bewegen und eben auch zum Nachdenken anregen. Diese Realität an den Europäischen Außengrenzen, die total grausam ist, will ich irgendwie hineintragen in Räume, Herzen und Köpfe. Das funktioniert mit diesem Song unwahrscheinlich gut und das ist so schön und das tut mir dann auch wieder gut. Ich bin dann nicht



Max, Jan und Paul mit ihrem Album „Joy in Despair“.

alleine mit diesem Gefühl, sondern kann das teilen. Leute fangen an, sich Gedanken zu machen und was ich dann hoffe ist – weil betroffen sein nicht reicht – dass Leute aus dieser Trauer und Wut auch Handlungsperspektiven entwickeln, um irgendwie etwas besser zu machen. Wer über die eigene Resignation spricht, entwickelt Möglichkeiten weiter zu denken und nicht auf Stelle stehen zu bleiben.

Ihr habt auch schon den Aachener Nachrichten ein Interview gegeben, da waren wir natürlich traurig das ihr nicht zuerst mit uns geredet habt. In dem Interview werdet ihr als sympathische Schülerband dargestellt. Seid ihr da ein bisschen opportunistisch in eurer Außendarstellung? Wem wollt ihr gefallen bzw. an welches Publikum wollt ihr euch richten?

Den Diss muss ich natürlich erst mal zurück geben, wir haben ja auch keine Anfrage bekommen und ihr hättet die ganze Band interviewen können, aber habt euch dann entschieden, mit dem Schlagzeuger zu reden... Und so insgesamt ist das Kulturreport in der Tacheles durchaus noch ausbaufähig, aber ich sehe guten Willen. (lacht) Zu der Frage, wen wir ansprechen wollen: Ich sehe mich als explizit politischen Menschen und ich sehe unsere Texte und unsere Band als explizit politisch. Manche Texte sind eher persönlich, man muss auch nicht alles zum Politikum machen. Aber wir kommen ja schon aus einer subkulturellen Ecke und ich würde mich immer zu meinen Wurzeln bekennen. Mir ist es aber auch wichtig, darüber hinaus zu gehen. Ich möchte nicht nur in einem kleinen Szenekreis gehört werden. Ich glaube, das Gute

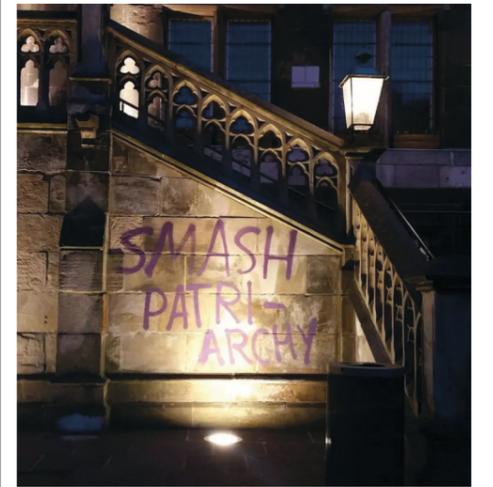
(Foto: FYUS)

Solidarität statt Angst

Redebeitrag zur feministischen Vorabenddemo am 7. März

Ein Thema, das auf feministischen Kundgebungen immer wieder angesprochen wird, ist Angst.

Die Angst vor der alltäglichen sexistischen und transphoben Gewalt. Ob in Beziehungen, auf Partys, auf dem Nachhauseweg, diese verdammte Angst ist eine gewohnte Begleitung. Sie schränkt uns ein, lässt uns alles doppelt und dreifach überdenken. Was wir anziehen, wo und wann wir uns aufhalten, wie wir sprechen. Und diese Angst ist sehr gut begründet. Ehrlich gesagt habe ich nicht die Hoffnung, dass sich innerhalb meiner eigenen Lebenszeit noch genug ändert, um diese Angst wirklich ablegen zu können. Gleichzeitig will ich mich aber auch nicht einschränken lassen.



Graffiti am Rathaus in Aachen, aufgetaucht in der Nacht vom 7. März. (Foto: strassenpolitikaaachen)

Was also tun?

Ich denke, dass das Einzige, was uns Sicherheit geben kann, feministische Solidarität ist. Eine Solidarität, die sich unabhängig macht von patriarchalen Regeln und Erwartungen. Sich gegenseitig zu versprechen, nicht mehr zu schweigen, niemals wieder Victim Blaming zu betreiben, Gefühle auszuhalten, auch wenn sie schwer sind. Und gemeinsam Wege zu finden, diesen Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Ob durch Worte, Tränen oder Fäuste. Auf Videos von feministischen Protesten in Mexiko 2020 war der Slogan zu hören: „Me cuidan mis amigas, no la policia“, was so viel heißt wie „Nicht die Polizei, sondern meine Freund_innen beschützen mich“. Ich denke, das trifft es genau. Zum Schluss noch eine Frage: Warum sollten es eigentlich wir sein, die Angst haben?

Vielleicht ist es auch manchmal angebracht, die Angst und den Schmerz an jene zurück zu geben, die ihn verursachen. Mir ist klar, dass ein „auf-die-Fresse“-Feminismus nicht immer umsetzbar oder hilfreich ist. Aber auch in einer Zeit, in der Feminismus immer liberaler wird, ist das noch immer eine Option, die ruhig offen ausgesprochen werden kann.

Ich hoffe, dass Veranstaltungen wie diese vielen Leuten Kraft und Spaß geben. Dass die Wut uns warm hält, damit wir gemeinsam in dieser kalten Welt bestehen können.

anonym

an unserer Musik, die ja allgemein relativ verträglich ist – hören unsere Eltern ja auch ganz gerne – ist, dass sie viel verbinden kann. Und ja klar, unsere Texte kommen dann manchmal ein bisschen chiffrenhaft und nicht so auf die Fresse politisch rüber, aber alle die es interessiert und alle die mal auf einem Konzert von uns waren, wissen ganz genau aus welcher Richtung der Wind weht. Ich finde das ganz gut, dass wir so einen niedrigschwelligen Einstieg bieten. Ich hab auch nicht das Gefühl das wir uns irgendwo massiv verstellen, es kommt halt sehr drauf an was für Fragen gestellt werden und wofür sich die Leute interessieren. Vielen Dank für das Gespräch!

red

→ Fortsetzung von Seite 1: Auszubildende im Gesundheitssektor kämpfen für ihre Rechte

Knapp dreißig Prozent der Auszubildenden brechen die Ausbildung frühzeitig ab, fast die Hälfte spielt mit dem Gedanken, den Beruf nach der Ausbildung zu verlassen und so gut wie alle sind mit den Arbeits- und Ausbildungsbedingungen unzufrieden und können sich kaum vorstellen, unter diesen Umständen bis zur Rente zu arbeiten. So zumindest die Bilanz nach umfassenden Interviews in Vorbereitung auf die aktuelle Tarifrunde. Dabei ist der „Nachwuchs“ ein zentraler Teil zur Lösung des Problems.

Über- und Unterforderung bestimmen den Alltag während der Ausbildung

Aus diesem Grund haben die Auszubildenden aller Standorte diesmal eigene Forderungen aufgestellt, welche speziell darauf aus sind, eine adäquate Betreuung und Anleitung vor allem in den praktischen Einsätzen zu gewährleisten und so die Ausbildungsqualität wieder zu steigern. Im Vordergrund steht ausreichend Praxisanleitung in eins zu eins Betreuung durch speziell geschulte Ausbilder*innen, eine feste Einarbeitung in den jeweiligen Bereichen, Dienstplansicherheit und eine verbindliche Entlastung im Falle einer Nichteinhaltung der geforderten Bedingungen. Gerade die fehlende Betreuung und unzureichende Vorbereitung/Einarbeitung auf die einzelnen Einsätze verursachen viel Frustration bei den Auszubildenden. Regelmäßige Über-, aber auch Unterforderung bestimmen den Arbeitsalltag auf vielen Stationen. In vielen Bereichen fehlt es an geschulten Praxisanleiter*innen. Die, die da sind, haben aufgrund der eh schon vorherrschenden Personalengpässe meistens weder ausreichend Zeit, die ihnen anvertrauten Auszubildenden adäquat zu betreuen, noch die verlangte Anleitung ausreichend vor- oder nachzubereiten – zumal Praxisanleiter*innen zusätzlich oftmals zu viele Auszubildende auf einmal zugeteilt bekommen. Dies hat zur Folge, dass Auszubildende häufig entweder zu früh mit Tätigkeiten betraut werden, welche sie aufgrund mangelnder Vorbereitung und Betreuung extrem überfordern – was zudem noch patient*innengefährdend sein kann – oder aber über längere Zeit für Aufgaben abgestellt werden, welche ihrem Ausbildungsstand nicht gerecht werden und bei denen der Lerneffekt ausbleibt. Beides resultiert bei vielen Auszubildenden in einer hohen psychischen Belastung und einem großen Frust, worauf man ironischerweise bereits in der theoretischen Ausbildung vorbereitet wird.

Der sogenannte „Coolout“, also die moralische Desensibilisierung, welche eine solche Dauer-

belastung zur Folge haben kann, ist mittlerweile fester Bestandteil vieler curriculärer Einheiten im theoretischen Teil der Ausbildung.

Moralische Desensibilisierung ist mittlerweile fester Bestandteil im theoretischen Teil der Ausbildung.

Man kann also nicht behaupten, diese Problematik sei bisher niemandem bewusst gewesen, auch nicht der Politik oder den Arbeitgebern.

Auszubildende und (Dual-) Studierende werden nicht als mündige Arbeitnehmer*innen wahrgenommen

Trotzdem werden die Auszubildenden weiterhin nicht ernst genommen, sondern darüber hinaus auch noch in ihrem Grundrecht auf Streik beschnitten. Die Frage nach Anrechnung von Fehlzeiten, bedingt durch die Beteiligung am Arbeitskampf, welche die Zulassung zur Abschlussprüfung gefährden können, ist bis heute rechtlich nicht abschließend geklärt. Die Personalabteilung des Uniklinikums Aachen drohte als einziger Standort den Auszubildenden sogar explizit mit der Erfassung solcher Fehlzeiten – und das, obwohl dem Betrieb durch den Streik von Auszubildenden nicht einmal ein wirtschaftlicher Schaden entsteht, da sie nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden und somit für Betten und Stationsschließungen durch Streik nicht relevant sind. Die vorgeschobene Begründung für diesen Schritt lag darin, dass der Arbeitgeber einen Schutzauftrag gegenüber seinen Auszubildenden zu erfüllen hätte, welche resultierend aus einer zu lange andauernden Arbeitsniederlegung ihre Lernziele nicht erreichen könnten. Sprich: dem Arbeitgeber läge es an der Sicherung der Ausbildungsqualität. Paradox, wenn man sich überlegt, dass gerade die schlechten Ausbildungsbedingungen der Grund dafür sind, dass auch die Auszubildenden maßgeblich am Streik und in der Tarifaueinandersetzung beteiligt sind. Ungeachtet dessen, dass es hier um Erwachsenenbildung geht, werden entmündigende und erzieherische Methoden und Begründungen vorgebracht. Das verdeutlicht nur einmal mehr, dass die Wertschätzung und Anerkennung für uns Auszubildende mehr als zu wünschen übrig lassen. Es bleibt zu hoffen, dass Arbeitgeber und Politik am Ende der Auseinandersetzung dazulernen und uns endlich ernst nehmen. Bis dahin werden wir Azubis weiter Seite an Seite mit den examinierten Pflegekräften für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und mehr Anerkennung kämpfen.

Eine Auszubildende im zweiten Ausbildungsjahr an der Uniklinik Aachen

Pressemitteilung

Grenzen überall!

Wir haben die EU-Außengrenze in die Aachener Innenstadt verlegt

Um gegen das brutale Grenzregime der EU zu protestieren, wurde in der Nacht zum 12. Mai die Pontstraße in Aachen mit einem „Grenzzaun“ versperrt. An daran hängenden Schildern war zu lesen:

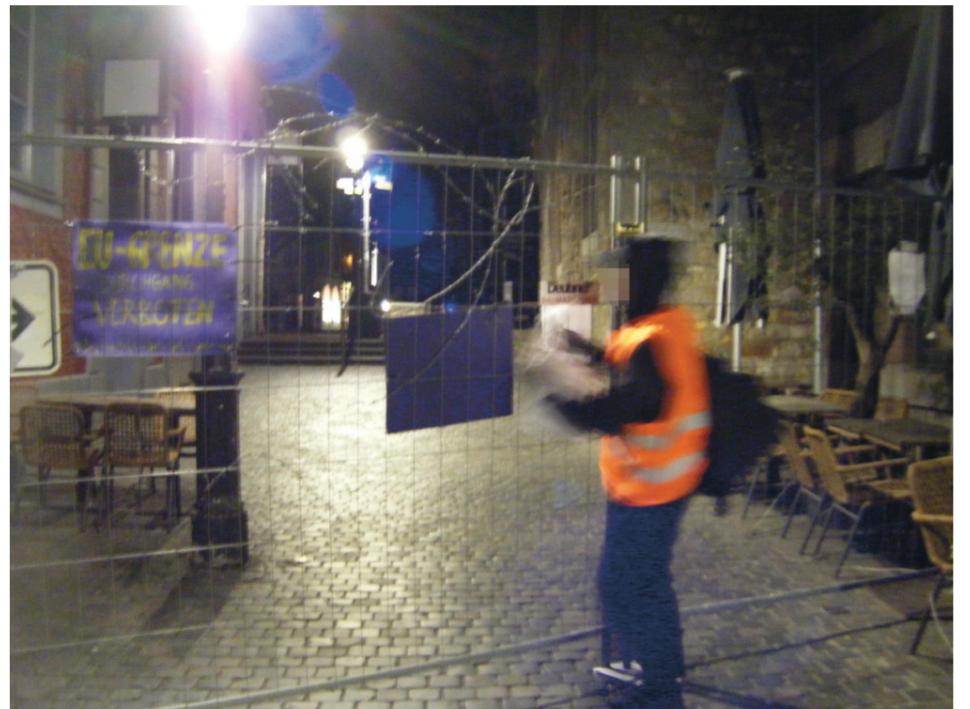
Du stehst hier vor einem Zaun, der dir den Weg versperrt. Vielleicht bist du auf dem Weg zur Arbeit oder möchtest einkaufen gehen. Jetzt ist es natürlich lästig, dass du hier nicht durch kommst – aber bestimmt gelangst du mit einem kurzen Umweg trotzdem an dein Ziel. Für viele andere Menschen ist das nicht so ohne Weiteres möglich. An Europas Außen- und Binnengrenzen hungern unzählige Menschen auf der Flucht, erfrieren, werden von Grenzbeamt*innen misshandelt und verprügelt und gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben – oder zu sterben. Hier bekommen wir davon kaum etwas mit, außer, wenn alle paar Monate etwas den deutschen Medien doch berichtenswert vorkommt.

Aber das Leiden und die Unterdrückung gehen tagtäglich weiter. Wir wollen deshalb mit dieser Aktion darauf aufmerksam machen. Dieser Zaun stört vielleicht den Alltag einiger weniger – andere Zäune zerstören Menschenleben.

Aktuell schmückt sich die EU wieder mit großen Worten wie Freiheit, Menschlichkeit, Solidarität. Wir begrüßen es, dass Flüchtlinge aus der Ukraine mehr Perspektiven und Unterstützung haben. Doch das sollte für alle Menschen gelten, die vor Krieg, Verfolgung, Terror und Armut fliehen – nicht nur für weiße Europäer*innen. In dieser Form entlarvt die plötzlich zur Schau gestellte Hilfsbereitschaft Deutschlands nur seinen Rassismus. Das Preisen der sogenannten „westlichen Werte“ ist in dieser Situation nur zynisch.

Solidarität mit allen Menschen auf der Flucht! Gegen Grenzen und eine Welt, die sie braucht!

anonym



Der Grenzzaun in der Pontstraße.

(Foto: Indymedia)

Interview

„Wenn wir so arbeiten würden, wie die verhandeln, wären Krankenhäuser tot!“

Dagmar arbeitet im Uniklinikum Aachen als Pflegefachkraft in der Anästhesie und ist zudem an den Tarifverhandlungen beteiligt. Im Interview berichtet Dagmar von dem wochenlangen Streik sowie den Verhandlungen.

Wir haben bereits in der letzten Ausgabe über den Tarifvertrag Entlastung (TVE) und den damals noch angedrohten Streik berichtet. Jetzt ist es zum Streik gekommen und vielleicht berichtest du noch einmal, warum ihr überhaupt streikt.

Wir streiken hier am Uniklinikum Aachen und an allen anderen Unikliniken NRW, weil die Situation nicht mehr tragbar ist. Wir haben zu wenig und schlecht ausgebildetes Personal und das muss sich jetzt über den TVE ändern. Der greift an drei Stellen an:

Wir haben zu wenig und schlecht ausgebildetes Personal und das muss sich jetzt über den TVE ändern.

Wir fordern eine Mindestpersonalbemessung. Wir fordern Entlastung dadurch, dass Belastungssituationen zu freien Tagen führen, und wir fordern eine gesicherte, bessere Ausbildung für unsere Azubis.

Das heißt es geht noch nicht einmal um mehr Gehalt, wie das sonst üblich ist, sondern tatsächlich um Entlastung?

Richtig. Unsere Gehaltsangelegenheiten sind nämlich über den Tarifvertrag der Länder (TVL) geregelt und der bleibt hierbei komplett unangetastet. Uns geht es um einen Zusatztarifvertrag, der dafür sorgt, dass es zu Entlastung des Personals kommt.

Der Streik dauert bereits über einen Monat an. Eine solche Erfahrung kann etwas sehr

Prägendes sein, wovon man noch den Enkelkindern erzählen wird. Gilt das auch für euch hier am Streikposten?

Ja unbedingt! Wir haben schon damit gerechnet, dass es ein langer, zäher Streik wird, aber gleichzeitig sind wir davon ausgegangen, dass wir heute am Streiktag 30 deutlich weiter in den Verhandlungen wären. Dazu muss man schon sagen, dass wir jetzt erst den fünften Verhandlungstag hatten, obwohl wir bereits seit Februar verhandlungsbereit sind.

→ Fortsetzung auf Seite 5

→ Fortsetzung von Seite 4: Interview mit Dagmar

Das ist etwas, dass sich an unseren Streikposten in NRW dramatisch niederschlägt: Denn wir stehen so lange hier und warten darauf, dass die Arbeitgeber sich endlich auf uns zubewegen und genau das passiert einfach nicht. Das ist es auch, was wir unseren Kindern und Enkelkindern ganz sicher erzählen werden, wie unruhlich sich die Arbeitgeber hier verhalten haben.

**Darauf würde ich gerne eingehen. Die Arbeit-
geberseite hat ja insbesondere in Aachen ein-
iges unternommen, um den Streik zu verhin-
dern oder zu brechen. Was sind diesbezüglich
deine Eindrücke?**

Es hat in Aachen deutlich länger als an den anderen Standorten gedauert, bis wir eine gemeinsame Notdienstvereinbarung auf die Beine stellen konnten. Das bedeutet, dass sich zu Streikbeginn Delegationen der Angestellten mit den Arbeitgebern zusammengesetzt haben und Vereinbarungen aushandeln konnten. Zum Beispiel welche Stationen geschlossen werden, wo Betten reduziert werden, wie viele OP-Säle laufen und so weiter. Das hat an den anderen fünf Standorten funktioniert, nur in Aachen leider nicht. Das liegt daran, dass die Leitung nicht geglaubt hat, dass der Streik so stark hätte werden können, weshalb man zunächst zu keiner Einigung bereit war. Deshalb haben wir die Verhandlungen abgebrochen und eine Woche lang ohne Notdienstvereinbarung gestreikt. Das kann man machen, ist aber natürlich härter, weil nur eine einseitige Notdienstvereinbarung seitens der Gewerkschaft existiert. Letztlich waren die Arbeitgeber dazu gezwungen, sich daran zu halten, aber natürlich wäre alles deutlich entspannter gewesen, wenn die Leitung ihr OK gegeben hätte. Das haben wir auch genau so an den anderen Standorten sehen können und von denen haben wir dann unendlich viel Solidarität erfahren, wodurch Aachen letztendlich auch eine eigene Notdienstvereinbarung aushandeln konnte.

Die anderen Repressionen, die hier in Aachen geschehen sind, waren äußerst skurril für uns. Da gibt es einmal die Auszubildenden, denen das Streikrecht insofern verwehrt wurde,

als dass man ihnen drohte, die Streiktage als Fehlzeiten aufzuschreiben, wodurch sie nicht zur Prüfung zugelassen wären. Das haben die Azubis der anderen Standorte so nicht gehabt. Letztlich war es einfach eine riesengroße Frechheit, die sich aber mittlerweile teilweise geklärt hat, weshalb die Streikzeiten jetzt übermittelt werden.

**Wir streiken natürlich nicht nur
für die Pflege hier, sondern auch
für viele andere Bereiche wie IT,
Labor, Service, Logistik und viele
mehr.**

Außerdem streiken wir natürlich nicht nur für die Pflege hier, sondern auch für viele andere Bereiche wie IT, Labor, Service, Logistik und viele mehr. Dazu gehört aber auch die Kinderbetreuung und es ist dem Vorstand in Aachen ganz übel aufgestoßen, dass die KiTa-Mitarbeiter*innen des UKA ebenfalls in den Streik treten. Da ist es zu der Situation gekommen, dass der KiTa-Leiterin mit Kündigung gedroht wurde, was definitiv nicht rechtens ist und in keinem Gesetz steht. Diese Kündigung wurde jetzt zurückgezogen, nicht zuletzt, weil von den Vorständen der anderen Standorte deutlich gemacht wurde, dass in Aachen diese Probleme schnellstmöglich aus der Welt geschafft werden müssten. Dennoch müssen wir noch heute Missverständnisse aus dem Weg räumen, weil die Eltern in der KiTa bewusst fehlinformiert wurden. Wir suchen deshalb das Gespräch mit den Eltern, um ihnen verständlich zu machen, dass die KiTa-Mitarbeiter*innen nicht aus reiner Solidarität mit der Pflege streiken, sondern weil sie selbst unterbesetzt sind und die Kinder nicht mehr adäquat betreuen können. Man hat dort also seine ganz eigenen Forderungen und das war etwas, das der Vorstand lange nicht verstehen wollte.

**Ihr habt euren Streik ganze 100 Tage vor
Streikbeginn angekündigt und dadurch jede
Menge Zeit und Raum für Verhandlungen
gegeben. Trotzdem kommen immer wieder
Stimmen auf, dass euer Streik unverantwort-**

**lich gegenüber den Patient*innen sei und es
zu Gefährdungslagen kommt und ihr doch
lieber andere Mittel nutzen sollt um eure For-
derungen durchzusetzen.**

Da frage ich mich tatsächlich was das für Mittel sein sollen, denn Klatschen ändert nichts an den Missständen in unserem Berufsstand.

**Klatschen ändert nichts an den
Missständen in unserem Berufs-
stand.**

Danke dafür, aber das ändert nicht unsere Arbeitsbedingungen. Deshalb sehen wir kein anderes Mittel als zu Streiken. Genauso sehen wir auch nicht eine Möglichkeit darin, den Streik herunterzufahren, wie das seit Verhandlungsbeginn gefordert wird. Wenn wir das nämlich täten, würden wir uns in diesen Verhandlungen derart selbst schwächen, dass wir nicht mit einem guten Ergebnis rauskämen. Das zeigt vor allem die Erfahrung aus den vergangenen Jahren und es ist eine ganz logische Kiste, dass wir den Streik als unser einziges wirksames Mittel nicht herunterfahren werden.

**Wird die Sicherheit der Patient*innen denn
weiterhin gewährleistet?**

Ja! Die Patient*innensicherheit bleibt gewährleistet. Wir haben jetzt die gemeinsame Notdienstvereinbarung. Es ist für beide Seiten klar, welche Stationen geschlossen sind, wie viele OP-Säle bereitstehen, etc. Dann muss das Management halt entscheiden, dass Säle bereit gehalten werden für Notfälle, für Tumor-OPs, für dringende kardiochirurgische Sachen – das wissen wir alles und sagen exakt, welche Kapazitäten wir bereitstellen. Das muss jetzt von der anderen Seite verantwortungsbewusst umgesetzt werden.

*(Ein anderer streikender Mitarbeiter hat dem Interview zugehört und schaltet sich zum Thema Patient*innensicherheit ein:)*

*Es gab gerade einen Zeitungsartikel über die Zustände in der Psychiatrie. Diese sei hoffnungslos überfüllt. Ja, das stimmt, aber das ist sie sonst auch. Das ist keine Seltenheit und das jetzt so darzustellen, dass dieser Ausnahmezustand entstanden sei, weil wir hier streiken, ist eine absolute Frechheit! Und gleichzeitig wird Stimmung gegen den Streik unter den Kolleg*innen an sich gemacht. Das ist genauso ein Unding!*

Dagmar: Genau. Worauf sich der Kollege hier bezieht, ist ein Teil einer bewussten Fehlinformation seitens der Vorstände. Zum Beispiel wurden ganz zu Anfang Unsicherheiten geschürt unter den Angestellten. Zum einen, ob dieser Streik überhaupt rechtmäßig sei im Sinne von Androhungen einer einstweiligen Verfügung. Das war jedoch unsinnig, schließlich hat das an der Berliner Charité auch nicht geklappt, den Streik so zu stoppen. (Einige Tage nach dem Interview kam es tatsächlich zu einer solchen Klage gegen den Streik seitens des UK Bonns. Die Klage wurde in allen Punkten abgewiesen. Anmerkung d. Red.)

**Dann wurde immer wieder aufs
übelste moralischer Druck aufge-
baut.**

Dann wurde immer wieder aufs übelste moralischer Druck aufgebaut, dass Patient*innen wegen uns sterben werden. Die sind sogar so weit gegangen zu behaupten, Menschen würden bei sich zu Hause sterben, weil sie sich nicht mehr wegen des Streiks trauen in die Kliniken zu kommen. Und so was muss man sich in Verhandlungen anhören! Das ist nicht einfach.

**Ihr befindet euch ja gerade mitten in die-
sen Verhandlungen. Dabei nutzt ihr ein für
ver.di untypisches Delegiertensystem, das da-**

**rauf abzielt basisdemokratisch Rücksprache
mit der Belegschaft zu halten. Siehst du darin
Vorteile gegenüber dem üblichen Prinzip mit-
tels eines Gewerkschaftsunterhändlers?**

Ich sehe da ganz eindeutige Vorteile, weil durch dieses System eine Rückkopplungsebene an die Basis ermöglicht wird. Es handelt sich um ein Stufensystem wo in jedem Team Delegierte gewählt werden, die als Sprecher*innen der Station das Vertrauen ihrer Kolleg*innen genießen und die auch bereit sind dafür einzustehen. Jede Abteilung und Station schickt also Delegierte, von denen am Streikposten dann ein Delegiertenrat gewählt wurde. Dieser besteht in ganz NRW dann aus ungefähr 200 Leuten. Dieser Delegiertenrat ist die direkte Rückkopplungsebene der Tarifkommission, bestehend aus ca. 70 gewählten Mitarbeiter*innen aus den sechs Unikliniken. Und diese stehen letztendlich in der Verantwortung in die Verhandlungen zu gehen und die Mitarbeitenden dort zu repräsentieren.

Angebote und Ideen, die nicht alleine entschieden werden können, werden dann basisdemokratisch rückbesprochen. Also ist bei den Verhandlungen nicht nur die Tarifkommission anwesend, sondern auch der Delegiertenrat der aktuell zu verhandelnden Stationen und Bereiche. Bei uns steht die Rückkopplungsebene also immer direkt vor der Tür. Das ist bei der Gegenseite leider nicht so: Dort dauert es gerne mal ein paar Tage, bis die sich rückbesprochen haben.

**An anderen Unikliniken wie der Charité, wo
bereits ein TVE ausgehandelt wurde, hat
dieses Prinzip ja durchaus zu besseren Ver-
handlungsergebnissen geführt. Denkst du,
ihr werdet auch in NRW ein ähnlich gutes Er-
gebnis erzielen?**

Auf jeden Fall. Vor allem sitzen Expert*innen aus den Stationen am Verhandlungstisch, die eins zu eins die Forderungen und Belange der Teams vertreten können. Es ist richtig, dass früher Verhandlungen öfter zu Dissens geführt haben, als diese noch von einer Verhandlungsführung der Gewerkschaft geführt wurde. Diesmal können wir aber sicher sein, dass wir die Kolleg*innen und ihre Forderungen voll und ganz vertreten können.

Aber damit die Verhandlungen glücken, muss die Gegenseite natürlich auch mitspielen. Bei den Verhandlungen sind die Herren (und es sind tatsächlich größtenteils nur Herren in Anzügen und Lederschuhen) z.B. überhaupt nicht dazu bereit, sonntags zu verhandeln. Dabei wäre das für uns an der Basis natürlich überhaupt kein Problem, zumal wir normalerweise auch feiertags und nachts arbeiten. Aber die Herren Verhandlungsführer der Gegenseite sehen sich leider nicht in der Lage, an einem Brückentag oder Sonntag zu arbeiten. Die behaupten z.B., dass sie an den Tagen intern beraten müssten. Das hätte ich aber gerne mal gesehen, dass die das machen! Es kann doch einfach nicht sein, dass wir hier vollständig verhandlungsbereit sind und die andere Seite irgendwie denkt, dass man das alles ganz entspannt angehen könnte.

**Das heißt, ihr wollt die Verhandlungen und
den Streik so schnell wie möglich zu Ende
bringen, aber die Klinikleitungen bewegen
sich zu langsam?**

Genau. Wenn wir so arbeiten würden wie die verhandeln, wären Krankenhäuser tot!

Interview geführt von eurem Mikesch

Flachwitze mit Torben

Wen ruft die Deutsche Bahn, wenn ihre Züge überfüllt sind?

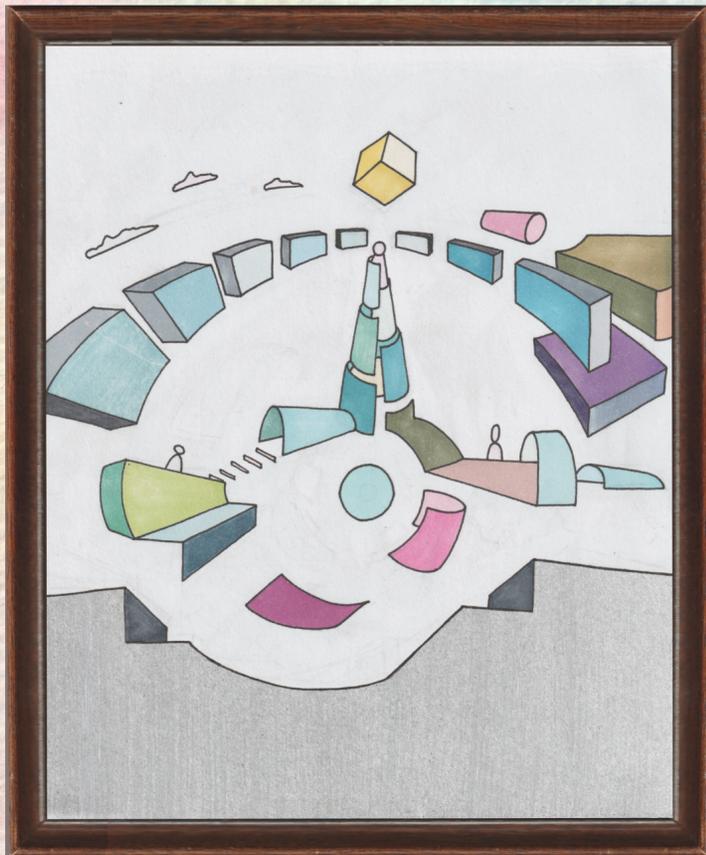
Die Vollzugsbeamten.



Streiklokal vor dem Uniklinikum Aachen. „TV-E für uns in NRW!“

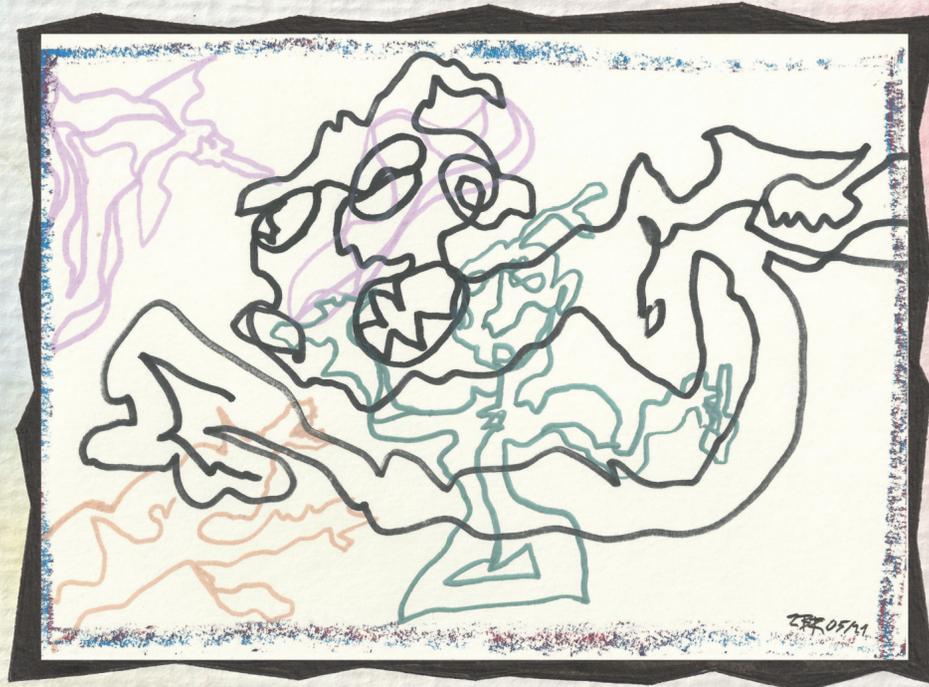
(Foto: Mikesch)

RAUM FÜR KREATIVES



AERIALS

farbe und form



Wenn ich das Bild jetzt nochmal angucke, sehe ich erst was ich in dem Moment gefühlt habe und aufs Papier bringen wollte. In einer Welt wie unserer zwischen Krieg, Klimawandel und Kapitalismus zerrissen zu sein. Zerrissen zwischen den unendlichen Möglichkeiten des Handelns gegen dieses System und der heillosen Überforderung damit, die nur so häufig in Resignation endet.

Zbr



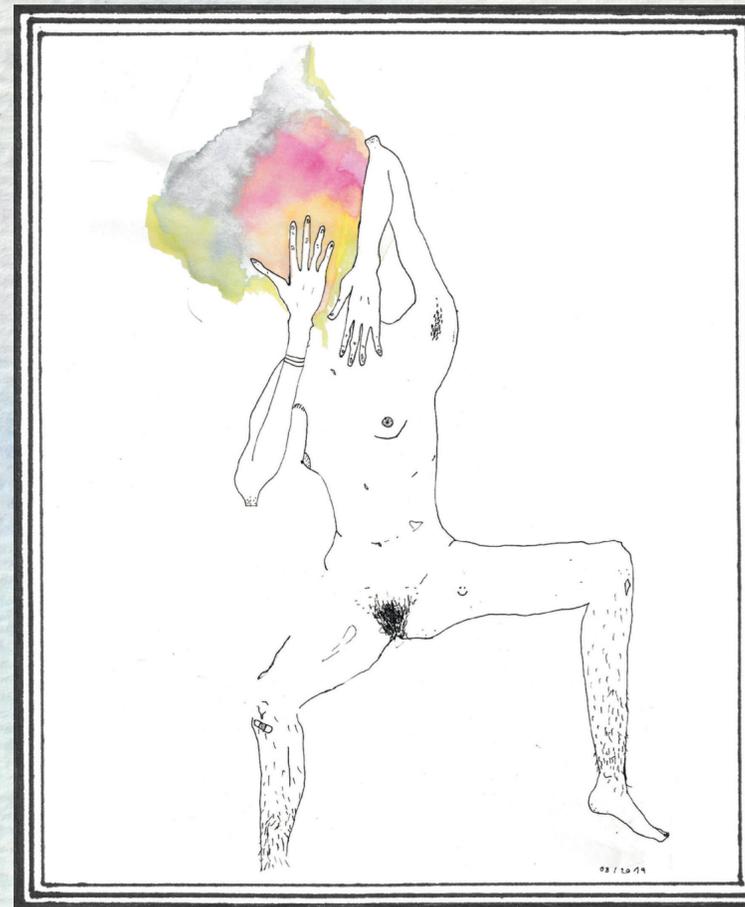
Deutsche Schrebergartenromantik mit Muckla.

Sonea



Einsam an der Bar

Findus



Herta Ä.



Sexarbeit hat viele Gesichter

Weg von Stigmatisierung und Moralkeule hin zu praktischer Auseinandersetzung mit Zukunftsperspektiven

Wir haben in der vergangenen Ausgabe der Tacheles den Text „Prostitution zwischen Sexualität und Gewalt – Der blinde Fleck innerhalb der Debatte zu Gewalt gegen Frauen“ gelesen. Wir bleiben mit vielen Fragen, einem aufwühlendem Gefühl und einigen Dingen zurück, derer wir uns sicher sind. Die Debatte um Sexarbeit in feministischen Kreisen ist kontrovers und wird aus verschiedenen Perspektiven geführt: Sexualität, Rollenbilder, kapitalistische Arbeitswelt, Pornoindustrie, patriarchale Gewalt... Die Positionen gehen von „Prostitution als systematischer Missbrauch“ über „Sexarbeit ist Arbeit“ zu „Kombination von Lust und Arbeit“ und „Steigerung des Selbstwertgefühls“ auseinander.

Aber zunächst erstmal zu den Begrifflichkeiten: Wir werden im Folgenden von „Sexarbeit“ und „Sexarbeiter*innen“ sprechen. Diese Begriffe werden von vielen Menschen, die in der Branche arbeiten, entgegen der gängigen Stigmatisierung, bevorzugt. Der Begriff umfasst eine Vielfalt von Tätigkeiten; Menschen können z.B. als Dominas, Escorts, Stripper*innen, Masseur*innen oder in Bordellen arbeiten. Das Berufsfeld hat sich seit Beginn des digitalen Lebens verändert und erweitert, dazu gehören also nun auch bezahlte Sexdates, ausgemacht auf Tinder, oder Striptease vor der Kamera. Die Lebenssituationen, Arbeitsbedingungen und Motivationen sind genau wie die Arbeitenden selbst sehr unterschiedlich. Dennoch ist festzuhalten, dass der Großteil derer, die als Sexarbeiter*innen tätig sind, Frauen sind. Auch die Kund*innen sind vielfältig, obwohl es in den meisten Fällen Männer sind. Insgesamt sind unter Kund*innen und Arbeiter*innen nahezu alle Geschlechtsidentitäten, Nationalitäten, sexuelle Orientierungen usw. vertreten.

Packen wir die Moralkeule aus oder denken wir praktisch?

Das ganze Themenfeld lässt sich auf einer theoretisch-moralischen, abstrakten Ebene oder auf der praktischen Ebene betrachten. Es stellen sich für uns die Fragen: Ist die Inanspruchnahme eines (Frauen-)Körpers durch den Kauf von sexuellen Handlungen (mit und ohne Körperkontakt in Ordnung? Können wir als Feminist*innen Sex auch als Dienstleistung begreifen, obwohl es eine höchst intime, körperliche Nähe und auch das Eindringen in den Körper bedeutet? Gibt das nötige Geld Kund*innen, das Recht, sexuelle Befriedigung durch eine andere Person zu kaufen? Wie viel Reproduktion der gegenwärtigen Geschlechterverhältnisse und -rollen darf es geben? Verhindern wir dabei den Sturz des Patriarchats? Welche Mentalität bringt Menschen, meistens Cis-Männer, dazu, Sexarbeit in Anspruch zu nehmen? Ist diese gleichzusetzen mit der Objektifizierung eines (Frauen-)Körpers? Was für Menschen sind das eigentlich, die die Dienste in Anspruch nehmen? Viele und wichtige Fragen, auf die wir teilweise noch keine eigenen Antworten haben, aber sie trotzdem nennen wollen, als Anregung für Leser*innen und für uns selbst.

Aber wird mit der Moralkeule irgendwas erreicht, außer dass alle sich schlecht fühlen, z.B. weil sie in der Branche arbeiten oder schon mal in einem Stripclub, Bordell oder ähnlichem waren? Oder dass der Rest sich abfeiert, weil er schön distanziert aus der Ecke heraus sagen kann „mit dem Dreck hab ich nichts zu tun“? In den aufgeführten Beispielen und auch in dem erschienenen Text lässt die theoretische, moralische Betrachtung die Lebensrealitäten komplett außen vor. So eine Betrachtung lässt kaum Platz für Arbeitende, für sich selbst zu sprechen und das ist das wahre Versäumnis.

Sexarbeit existiert nunmal – Wer macht sie denn eigentlich, warum und unter welchen Bedingungen?

Wir müssen sehen, dass Sexarbeit existiert, dass die Arbeitsbedingungen häufig schlecht und gefährlich sind und trotzdem von manchen als Dienstleistung betrachtet wird. Es kommt gehäuft zu schweren Menschenrechtsverletzungen, Vergewaltigung, Menschenhandel, Zwangsprostitution oder Missbrauch an Minderjährigen. Die Grundsteine dafür finden sich auch in Privatwohnungen, Familien, Werbung, Rollenbildern. Die ganze Gesellschaft degradiert Frauen und weiblich konnotierte Körper zu Sexobjekten, die einzig der Befriedigung männlicher Lust dienen.

Rufen wir uns an der Stelle in Erinnerung, dass einer der gefährlichsten Plätze für eine Frau immer noch das eigene Zuhause ist. Realität ist, dass einem Teil der Kundschaft egal ist, unter welchen Bedingungen Sexarbeiter*innen arbeiten müssen, denn sonst würde sich Ausbeutung durch gewaltvolle Zuhälterei nicht lohnen. Freiwillig wird Lohnarbeit generell nicht ausgeführt, denn zum (Über-)Leben, Mieten, Sterben brauchen Menschen Geld. Nicht arbeiten zu gehen, bedeutet Jobcenter, Schikane, Abhängigkeit.

Eine der Hauptmotivationen von Sexarbeiter*innen ist also Geld. Der „Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V.“ (siehe Infokasten) antwortet auf die Frage nach Gründen, warum Menschen Sexarbeit machen: „Für manche Sexarbeiter*innen ist Sexarbeit das kleinste annehmbare Übel oder nur vorü-



Sexarbeiter*innen demonstrieren zum internationalen Hurentag am 2. Juni 2022 in Berlin unter dem Motto „Redet mit uns, nicht über uns.“ Geschichtlich beruht der Tag auf dem 2. Juni 1975, damals besetzten über 100 Sexarbeitende eine Kirche in Lyon um gegen Repression zu protestieren. (Foto: Manuel Lenolet)

bergehend – in der Branche finden sich überdurchschnittlich viele mehrfach marginalisierte Menschen, die besonders oft von Armut betroffen sind und zu denen vielfach auch Menschen ohne Papiere, Menschen ohne festen Wohnsitz, obdachlose Menschen und Drogen konsumierende Menschen zählen. Die Einkünfte, die sich in der Sexarbeit erzielen lassen, übertreffen üblicherweise jene in der Erntehilfe, Pflege, Raumreinigung oder dem Einzelhandel.“

Vorhandene und fehlende Möglichkeiten

In dem Artikel von Diskursiv in der 7. Ausgabe wird der Dienstleistungsbegriff für Sexarbeit vehement zurückgewiesen. „Zudem wird sich beim Gang zur Friseurin im Gegensatz zum Gang ins Bordell eine Dienstleistung und nicht der Zugriff auf einen weiblichen Körper eingekauft.“ Wir widersprechen der Annahme, der Zugriff auf den Körper sei per se uneingeschränkt. Die Bedingungen, unter denen Sexarbeit ausgeübt wird, sind so unterschiedlich, dass diese Beschreibung dem nicht gerecht wird. Das Spektrum reicht von Clubs, in denen der*die Sexarbeiter*in die körperlichen Handlungen selber einschränkt, auch mit Hilfe des Etablissements und durch die Vereinbarungen mit den Kunden*innen, bis zur Zuhälterei, dem Loverboy-Modell und der Zwangsprostitution. Je weiter man das Spektrum entlangwandert, desto uneingeschränkter wird der Zugriff auf

den Körper der Sexarbeitenden. Die Umstände werden prekärer, die Einnahmen geringer und die Gefahr von Vergewaltigung und anderer Gewalt wächst um ein Vielfaches. Ausschlaggebend dafür ist natürlich, ob es überhaupt die Möglichkeit gibt, Tätigkeiten oder Personen abzulehnen. In manchen Clubs gibt es diese Option, aber nur wenn du auch auf dieses Geld verzichten kannst. Es gibt jene, da fangen Sexarbeiter*innen bei null Euro an und jeder aktive Job bringt ein Plus. Es gibt aber auch solche, in denen die arbeitende Person extra Miete für den Raum zahlen muss, sodass null Euro erst noch erreicht werden müssen. Die Räumlichkeiten und der Profit Einzelner an der Arbeit Anderer sind zwei wichtige Ansätze für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der fehlende Stundenlohn erzeugt so viel Druck, dass tatsächliches „Nein“ sagen und eine Kundenablehnung wenigen vorbehalten ist.

Sie selbst zu Wort kommen lassen

Eine ehemalige Sexarbeiterin berichtet: „Ich habe so viele starke Frauen kennengelernt. Sie hatten oft den Wunsch, sich selbstständig machen zu können oder das Ganze von Grund auf neu zu denken. Problematisch ist ja häufig der Clubbetreiber, der die Ausrichtung und Grundregeln vorgibt. Er stützt sich auf das Modell, was am meisten Kohle einbringt: der Handel mit sexueller Bedürfnisbefriedigung des Mannes durch die Frau. Der Typ will keine Kunden ver-

jagen, die belästigen, begripschen oder missbrauchen, denn das schädigt seinem Geldbeutel und dem Ruf. Einen gewissen Schutz bietet er dennoch, da wir ihm sonst davon laufen. Übrig bleibt vor allem gegenseitige Hilfe, Austausch von Infos über Freier und sowas, um sich unter Kolleginnen schützen zu können. Gleichzeitig ist es so, dass ich nen Typen ablehnen kann, da immer genug Neue dazu kommen. Da kann ich das dann ausgleichen. Aber ich weiß auch, das eine meiner Kolleginnen den zu besoffenen, übergriffigen oder vulgären Typ nicht so leicht ablehnen kann, weil sie vielleicht noch keinen Job gemacht hat heute oder die letzten zwei

Nächte.“ Sie erzählt auch über den Unterschied zwischen dem Raum eines Kunden und den Bordellzimmern: „In deinen Räumlichkeiten kennst du dich am besten aus, es ist dein Raum, damit hast du die Kontrolle über die Situation, du kannst deine Grenzen stecken und weitestgehend dafür sorgen, dass diese eingehalten werden. Wenn das nicht klappt, suchst du dir Hilfe von deinen Leuten, drückst den Notknopf. Wenn das Bordell nicht scheiße ist, kannst du auf Hygiene- und Infektionsschutz achten. Es gibt eine Dusche, abwaschbare Materialien usw.. Wenn du dich in Privaträume von Kunden begibst, kann das nicht gewährleistet werden. Es gibt nur das Bett des Kunden, es gibt keinen Notknopf, dein Fahrer (wenn mna ihn denn hat) steht vielleicht vor der Tür, aber was soll der schon mitkriegen. Ich habe einen „Out-Call“ gemacht, dann nie wieder.“

Trotz der vielen Fragen

Selbst wenn wir uns eine Welt wünschen, in der Sex keine Ware ist, ist der Umsturz des Systems als Wundermittel nicht in greifbarer Nähe. Daher müssen wir aktuelle Lebensrealitäten berücksichtigen, mitnehmen und Arbeitskämpfe unterstützen. Die Prostituiertenbewegung mit Organisationsversuchen, Gründung von Verbänden, Demonstrationen oder Kongressen wie dem „Hurentag“ sind Reaktionen auf gesellschaftliche Abwertung und Stigmatisierung, sowie Gewalt und Probleme in diesem Arbeitsfeld. Zurückdrängung, Illegalität des Sexkaufs oder der „Hurenpass“ und das offizielle Anmelden verbessern die Situation nicht! Die fehlenden Alternativen und die Stigmatisierung der Arbeit verunmöglichen vielen Arbeiter*innen die Selbstbestimmung über ihren Körper und ihre Sexualität. Gleichzeitig gibt es Menschen, für die Sexarbeit Selbstbestimmung bedeutet und wir wollen diesen Menschen nicht vorschreiben was sie mit ihren Körpern zu tun oder zu lassen haben. Gebraucht werden kollektiv betriebene Bordelle, mit ausreichendem Lohn für alle, damit Sexarbeiter*innen ihre Arbeit selbstorganisiert und sicher leisten können. Es muss wirkliche Alternativen geben, damit Menschen einen Ausweg aus der Sexarbeit finden, wenn sie das wollen. Das rassistische Einwanderungssystem gehört abgeschafft, denn das bringt vor allem Frauen ohne Papiere in die Sexarbeit. Außerdem braucht es Menschen, die ihren Mund aufmachen, wenn jemand neben ihnen sexistische, diskriminierende Scheiße von sich gibt.

Wir sind der Meinung, dass wir der Realität ins Auge blicken müssen. Wir sollten anerkennen, dass Sexarbeit schon lange existiert und auch noch lange bestehen wird, auch mit Verboten wie in anderen Ländern. Wenn wir gerechte Arbeitsbedingungen und eine Entstigmatisierung erreichen, wäre das schon ein großer Schritt. Auf dem Weg dahin machen wir uns weiter Gedanken zu allen ungelösten Fragen.

Schildkrötengang

Der Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen ist im Gegensatz zum Bundesverband die Organisation, in die nur aktive und ehemalige Sexarbeiter*innen eintreten können. Beteiligte einer Prostitutionsstätte werden aber nicht prinzipiell ausgeschlossen. Der Verein beziffert seine Mitgliedszahlen auf ca. 600 Personen, knapp 10 Prozent davon sind auch Betreiber*innen.

Einige Forderungen des Verbands BesD :

- Ausbau der Gesundheitsversorgung
- Entwicklung eines Aus- und Fortbildungssystems
- Ausbau der Umstiegsangebote
- Anerkennung von Sexarbeit als freier Beruf
- Zugang zur Künstler-Sozial-Kasse
- Aufnahme von Sexarbeit ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz
- Arbeitsvisum für Sexarbeitende
- Bleiberecht für Opfer von Menschenhandel

Diese und weitere Informationen zu finden auf: <https://www.berufsverband-sexarbeit.de>

Mit Blick nach Kurdistan

Revolution in Rojava

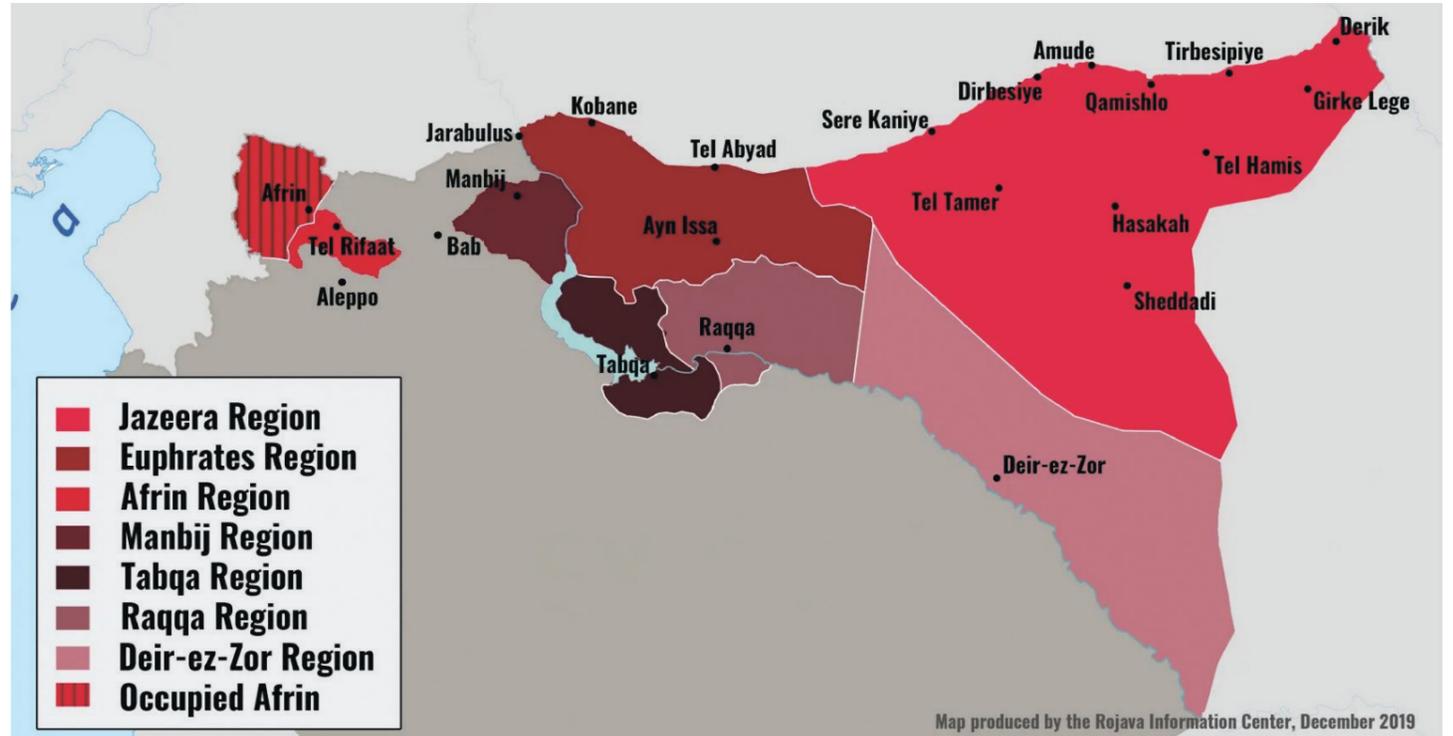
Seit 2014 entwickelt sich in Nord-Ost-Syrien inmitten einer von Krieg und Krisen geprägten Region eine Selbstverwaltung nach dem Modell des demokratischen Konföderalismus. In einem späteren Text werden wir genauer darauf eingehen, was das heißt. An dieser Stelle soll zunächst einmal genügen, dass es ein basisdemokratisches Gesellschaftsmodell ist, welches auf feministischen Prinzipien, ökologischen Ideen und kommunalem Leben aufbaut.

In diesem Text wollen wir uns darauf konzentrieren, wie sich diese Strukturen in Nord- und Ostsyrien gebildet haben, auf welche Probleme dabei gestoßen wurde und welche Erfolge auch schon erzielt wurden. Den Anfang der Organisation datieren wir auf die 1980/90er Jahre, als Teile der Kurdischen Arbeiterpartei PKK in den Untergrund gingen, unter anderem auch nach Rojava in Nordsyrien. Auf diesen Anfang folgte ein stetiger Aufbauprozess, sodass es im Juli 2012 möglich war, dass die Bevölkerung der Regionen Kobanê, Afrin und Cizirê das syrische Militär und die staatliche Verwaltung auswies und damit beginnen konnte, sich selbst zu verwalten. Zur besseren Vorstellung: Die Beteiligten waren dabei durchaus bewaffnet, an einigen Stellen kam es natürlich auch zu Kämpfen, doch das was viele von uns sich wahrscheinlich als Revolution vorstellen – ein Zeitpunkt, an dem ein Bürger*innenkrieg „gewonnen“ und der Staat zerschlagen wird – blieb aus. Nichtsdestotrotz folgte 2014 die Unabhängigkeitserklärung der genannten Kantone unter dem Namen Rojava.

Große internationale Aufmerksamkeit erlangten die kurdischen Volksverteidigungskräfte durch die erfolgreiche Abwehr des IS-Angriffes auf Kobanê – eine Stadt in Syrien an der Grenze zur Türkei. In den ersten drei Wochen des Angriffes im September 2014 konnte der IS die umliegenden Gebiete unter seine Kontrolle bringen und die Stadt einkesseln. Als Folge der Angriffe flüchteten bis zu 300.000 Menschen, die nach anfänglich heftigen Protesten in die Türkei eingelassen wurden. Man befürchtete ethnische Säuberungen an der Bevölkerung, sollte der IS die Stadt einnehmen. Die Türkei erschwerte es kurdischen Verbündeten, die sich dem Kampf gegen den IS anschließen wollten, nach Syrien einzureisen. Luftunterstützung erhielten die Volksverteidigungskräfte durch die US-geführte Anti-IS-Koalition. Anfang 2015 schlugen die kurdischen Volksverteidigungskräfte dann den IS-Angriff vollständig zurück und erlangten auch die Kontrolle über die umliegenden Gebiete wieder. Durch den erbitterten Widerstand trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit und durch die Tatsache, dass ihnen der erste Sieg bei der territorialen Zerschlagung des IS gelang, erlangten die kurdischen Verteidigungskräfte weltweit Aufmerksamkeit und Solidaritätsbekundungen. Auch erregte der Fakt, dass Frauen in den Volksverteidigungskräften gleichberechtigt und autonom in eigenen Strukturen organisiert zusammen mit den männlichen Kräften kämpfen und dabei rund ein Drittel der Truppenstärke stellen, viel Beachtung.

Immer wieder kommt es von der türkischen Armee zu völkerrechtswidrigen Angriffen gegen von kurdischen Kräften kontrollierte Gebiete.

Ende 2015 gründeten sich die Demokratischen Kräfte Syriens, kurz SDF, ein Militärbündnis aus den kurdischen Volksverteidigungskräften und



weiteren lokalen Streitkräften, um dem IS, der zu der Zeit über die Hälfte des Syrischen Staatsgebietes kontrollierte, entgegenzutreten.

2016 wurden die Selbstverwaltungsgebiete erneut offiziell gegründet, diesmal mit einer Verfassung unter dem Namen Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien, explizit ohne den Namen Rojava (kurdisch für Westen), um die arabischen Mehrheitsgebiete, insbesondere Manbij, bewusster miteinzubeziehen. Bis Ende 2019 gelang es den SDF und den syrischen Regierungstruppen, den IS territorial zu zerschlagen.

Dabei zeigt sich immer wieder, dass einzelne – auch kleine – erfolgreiche Projekte in den Kommunen das Gemeinwesen in diesen Kommunen stark stützen.

Immer wieder kommt es von der türkischen Armee zu völkerrechtswidrigen Angriffen gegen von kurdischen Kräften kontrollierte Gebiete. Während dieser Angriffe werden wiederholt Kritiker*innen des Angriffskrieges und Journalist*innen in der Türkei verhaftet. Ein wichtiges Beispiel für solche Angriffe ist die Offensive auf den Kanton Afrin 2018. Durch sie wurden 200.000 bis 300.000 Menschen vertrieben. Es starben zahlreiche Zivilist*innen, sogar ein Krankenhaus und andere zivile Ziele wurden bombardiert. Nach wenigen Monaten wurde mit der erfolgreichen Eroberung Afrins durch die türkische Armee die Militäroffensive beendet. Allein in den ersten fünfzehn Wochen der Offensive genehmigte die deutsche Regierung, trotz des Versprechens, keine Rüstungsgüter an die Türkei zu liefern, Rüstungsexporte im Wert von 4,4 Millionen Euro. Im Zuge der Eroberung Afrins führten vom türkischen Staat unterstützte Milizen die Sharia-Gesetzgebung ein, also streng konservatives islamisches Recht, das sich allein auf heilige Schriften beruft, zwangskonvertierten Jesid*innen und zerstörten deren Gebetsstätten. Die türkische Armee exekutierte und folterte teilweise gefangene Soldat*innen. Außerdem wurden in den eingenommenen Gebieten die Einwohner*innen, hauptsächlich Jesid*innen und Kurd*innen, vertrieben und arabische Geflüchtete angesiedelt. Diese Geflüchteten mussten den von der Türkei unterstützten Milizen unter Androhung der Todes-

strafe ein Bekenntnis zum IS und Al-Quaida schwören. Die Türkei betrieb hier also aktiv eine Politik der ethnischen Säuberung.

Im Zuge solcher Angriffe drohte Erdogan mit der Öffnung der Türkischen Grenzen für Geflüchtete, sollte die EU diese als Invasion darstellen.

In dieser von Kriegen geprägten und unter dem internationalen Embargo gegen Syrien stehenden Zeit wurden trotzdem viele Erfolge erzielt. Zunächst zu nennen ist dabei die weitgehende Ausgestaltung des Konzepts des demokratischen Konföderalismus, indem Kommunen, Räte, Akademien und Kooperativen gebildet wurden. Trotzdem ist auch dies, wie so vieles, nicht abgeschlossen und der Aufbau des Gemeinwesens in den Kommunen ist an verschiedenen Orten an sehr verschiedenen Punkten. Während es gut laufende und gut organisierte Kommunen gibt, ist an anderen Orten die Einbeziehung der gesamten Bevölkerung, insbesondere von Menschen, die dem neuen System skeptisch gegenüberstehen, sehr schwierig. Dabei zeigt sich immer wieder, dass einzelne – auch kleine – erfolgreiche Projekte in den Kommunen das Gemeinwesen in diesen Kommunen stark stützen.

Frauen sind in allen Bereichen an politischen Entscheidungen beteiligt

Auch der Aufbau der Kooperativenwirtschaft, also einer Wirtschaft, die auf selbstverwalteten, nicht gewinnorientierten, nicht wirklich am Tauschhandel teilnehmenden Arbeitsgemeinschaften – also Kooperativen – basiert, ist keinesfalls am Ende angelangt. Einige Teile der Wirtschaft werden zentral von der Selbstverwaltung organisiert. Das betrifft alle Bereiche, die ganz Nord-Ost-Syrien betreffen, wie zum Beispiel die Wasserversorgung oder der Umgang mit den vorhandenen Rohölreserven. Die dabei entstehenden Arbeitsplätze gelten als vergleichsweise attraktiv. Trotzdem wird auch ein großer Teil der Wirtschaft von kapitalistisch, gewinnorientierten Unternehmen geführt. Die als Lösungskraft gesehenen Kooperativen gewinnen immer mehr an Bedeutung, schaffen es aber noch nicht, die Abhängigkeit von klassischen Unternehmen zu überwinden. Trotzdem sind der Lebensstandard und die Versorgung mit Trinkwasser und Elektrizität in den

letzten Jahren gestiegen.

Die Gleichstellung der Geschlechter hat in den Jahren der Selbstverwaltung enorme Fortschritte gemacht. Frauen sind in allen Bereichen an politischen Entscheidungen beteiligt und über ihre eigene Organisation sowohl autonom handlungsfähig als auch wegweisend auch für die allgänger Strukturen. Trotzdem sind zum Teil immer noch stark patriarchale Denkmuster präsent – das Patriarchat abzuschaffen, braucht wohl doch mehr als 8 Jahre...

Die Selbstverwaltung setzt strukturell auf einen klar humanitären Ansatz

Ansonsten unterscheidet sich der Umgang mit Straftäter*innen und auch insbesondere IS-Kämpfern enorm vom regionalen Vergleich. Die Selbstverwaltung setzt strukturell auf einen klar humanitären Ansatz, der sich beispielsweise durch die Resozialisierung der Familien von IS-Kämpfern und der stetigen Forderung nach einem international anerkannten Gerichtsverfahren und Rückführung von IS-Kämpfern zeigt, was im krassen Gegensatz zu den beschleunigten Hinrichtungen steht, wie sie in Nachbarländern üblich sind. Hier wird die Selbstverwaltung seit Jahren von der internationalen Staatengemeinde im Stich gelassen, die sich weigern IS-Kämpfer in ihre Heimatländer zurückzuführen oder Prozesse zu ermöglichen. Die Unterbringung der Gefangenen ist eine anspruchsvolle Aufgabe, auch da im Zuge von türkischen Angriffen immer wieder IS-Kämpfer fliehen können. Trotzdem kommt es auch wiederholt zu Berichten von willkürlichen Festnahmen der SDF im Zusammenhang mit dem Kampf gegen IS-Schläferzellen.

Nord-Ost-Syrien bleibt somit sowohl eine wichtige Referenz für Revolutionär*innen auf der ganzen Welt als auch Zentrum von verschiedenen Machtinteressen. Dass zeigt sich auch aktuell, indem die Türkei seit April diesen Jahres mal wieder eine neue Angriffswelle auf Nord-Ost-Syrien und den Nordirak führt. Dies gilt es auch von hier mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Hoch die internationale Solidarität!

Initiative Kurdistan Aachen
Kontakt: initiative-kurdistan@riseup.net

Interview

In meinem Kopf tobt ein ständiger Krieg

Leben nach der Flucht aus der Ukraine

→ Fortsetzung von Seite 1

Momentan fliehen viele Menschen aus der Ukraine, um dem Krieg zu entkommen. Mehr als 600.000 erreichten Deutschland, aber nicht alle von ihnen haben dieselben Möglichkeiten, hier bleiben und leben zu können. Auf der Flucht, an den Grenzen oder Bahnhöfen und innerhalb Deutschlands gibt es viele Fälle von strukturellem Rassismus. Journalist*innen berichteten immer wieder von einer vom Staat, seinen Behörden und Autoritäten gewollte Teilung in zwei Klassen von Geflüchteten. Das Leben von BiPoc (Black, Indigenous, People of Color) wird dadurch besonders erschwert. Um einen Einblick in den Registrierungsprozess und das Leben in Deutschland zu bekommen, haben wir mit einer geflüchteten Person gesprochen und nach Erfahrungen gefragt, die sie mit uns teilen möchte.

Magst du dich kurz vorstellen?

Ich bin 19 Jahre alt, studiere Medizin und habe zwei Jahre in der Ukraine gelebt, bevor der Krieg ausgebrochen ist.

Warum bist du denn überhaupt in die Ukraine gekommen? Welche Ideen standen dahinter, was waren deine Gedanken und dein Ziel?

Das anfängliche Ziel war, eine gute medizinische Ausbildung in Europa, der Ukraine, zu erhalten.

Ich wollte aus der Realität ausbrechen, die für Menschen aus der Unterschicht bestimmt ist.

Ich wollte aus der Realität ausbrechen, die für Menschen aus der Unterschicht bestimmt ist. Um sich überhaupt die Chance auf ein besseres Leben zu „verdienen“, muss man für **alles** hart arbeiten, von Noten bis hin zu Schul-, Studien- oder Prüfungsgebühren. Ich war darauf vorbereitet, hart zu arbeiten und alle Energie aufzubringen, die von mir verlangt wird.

Die Dinge haben sich sehr brutal geändert und jetzt bist du in Deutschland. War es dein Plan, hierher zu fliehen?

Nein. Als ich aus der Ukraine geflohen bin, war mein Ziel nicht Deutschland, aber ich habe mich aus freiem Willen entschieden zu bleiben. Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, in ein anderes Land zu gehen, aber zurückzukommen nach Deutschland könnte dann schwierig sein. Das wurde mir vom Amt so gesagt. Ein Grund zu bleiben ist die Möglichkeit, mein Studium hier finanzieren zu können.

Seit ungefähr zwei Monaten lebst du nun hier und kannst dir vorstellen, dein Studium irgendwo in Deutschland fortzuführen. Wie läuft denn dein Registrierungsprozess? Wir wissen ja, dass der Weg zum Aufenthaltsbescheid normalerweise sehr lange dauert. Die Bürokratie macht das Ganze zu einer Tortur mit unfassbar viel Papierkram.

Ja, dieser Papierkram ist ein Haufen Arbeit und sehr schwierig. Aus einem „Dritte-Welt-Land“ zu kommen, verhindert kontinuierlich viele Dinge. So bezeichnen Leute vom Amt übrigens meinen Herkunftsstaat. Die fehlende ukrainische Staatsbürger*innenschaft verhindert dauernd viele Sachen. Zum Amt zu gehen, kann manchmal richtig frustrierend sein, es ist wie

im Kreis zu rennen. Momentan habe ich keine richtige Aufenthaltsgenehmigung, die deutsche Regierung hat uns aber erlaubt, bis August zu bleiben. Um meine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, muss ich 6-8 Wochen auf einen Anruf von der Stadt warten. Aber ich warte schon seit zwei Monaten. Jedes Mal, wenn wir zum Amt gehen, wird uns gesagt „wir warten noch auf Befehl von oben“, es wurden noch keine Entscheidungen getroffen für Menschen, die aus „Dritte-Welt-Ländern“ kommen.

Jedes Mal, wenn wir zum Amt gehen, wird uns gesagt „wir warten noch auf Befehl von oben“

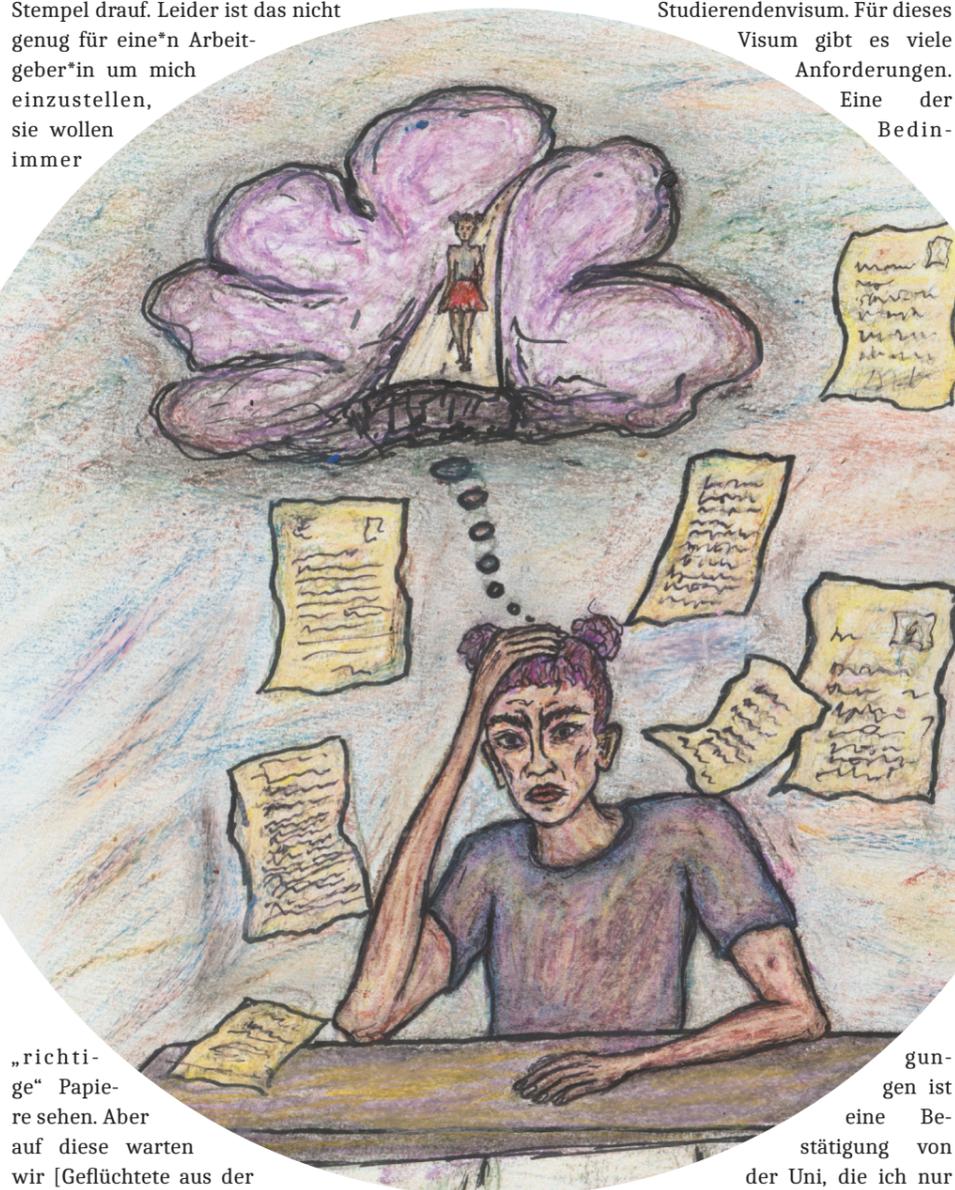
Ohne die „richtigen“ Papiere kann ich vieles nur eingeschränkt und nicht frei tun: Arbeit, Schule, eine Wohnung mieten, grundsätzlich: Leben. Bis jetzt trage ich einen selbst ausgefüllten Zettel herum, da steht mein Name, mein Geburtsdatum, meine aktuelle Adresse mit einem Stempel drauf. Leider ist das nicht genug für eine*n Arbeitgeber*in um mich einzustellen, sie wollen immer

dieselben Chancen haben wie die Menschen, mit denen wir zusammen geflohen sind. Was soll das überhaupt heißen, „Dritte-Welt-Land“? Weil ich nicht aus Europa komme, bin ich als Letztes dran? Was bringt dich dazu zu denken, du wärst schlauer oder besser als ich? Ich muss doppelt so viel arbeiten wie andere, weil ich als Mensch zweiter Klasse gelte.

Was ist denn mit deinem Studium, ist es für dich möglich, an einer deutschen Uni dein Studium fortzuführen? Und was ist dafür notwendig?

In das Bildungssystem einzutreten, ist zurzeit schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Gute Noten sind nicht die einzige Herausforderung, um mich für einen Studienplatz in Deutschland bewerben zu können. Bis zum Semesterbeginn muss ich das Sprachniveau C1 [entspricht dem Niveau „Muttersprache“] erreicht haben. Außerdem benötige ich auch eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung, in meinem Fall z. B. ein Studierendenvisum. Für dieses

Visum gibt es viele Anforderungen. Eine der Bedingungen



„richtige“ Papiere sehen. Aber auf diese warten wir [Geflüchtete aus der Ukraine ohne die ukrainische Staatsbürger*innenschaft] noch und hoffen, angerufen zu werden. Finanzielle Unterstützung von der Stadt gibt es, das hilft bei alltäglichen Aktivitäten und da bin ich auch dankbar für.

Wir alle sind vor dem Krieg geflohen, warum werden wir nicht gleichbehandelt?

Aber das Wichtigste ist die Garantie einer Zukunft. Wir alle sind vor dem Krieg geflohen, warum werden wir nicht gleichbehandelt? Die meisten von uns fragen nicht nach irgendeiner Sonderbehandlung, wir möchten einfach nur

die gleichen Chancen haben wie die Menschen, mit denen wir zusammen geflohen sind.

Was soll das überhaupt heißen, „Dritte-Welt-Land“? Weil ich nicht aus Europa komme, bin ich als Letztes dran? Was bringt dich dazu zu denken, du wärst schlauer oder besser als ich? Ich muss doppelt so viel arbeiten wie andere, weil ich als Mensch zweiter Klasse gelte.

Was ist denn mit deinem Studium, ist es für dich möglich, an einer deutschen Uni dein Studium fortzuführen? Und was ist dafür notwendig?

In das Bildungssystem einzutreten, ist zurzeit schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Gute Noten sind nicht die einzige Herausforderung, um mich für einen Studienplatz in Deutschland bewerben zu können. Bis zum Semesterbeginn muss ich das Sprachniveau C1 [entspricht dem Niveau „Muttersprache“] erreicht haben. Außerdem benötige ich auch eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung, in meinem Fall z. B. ein Studierendenvisum. Für dieses

Visum gibt es viele Anforderungen. Eine der Bedingungen

Wenn ich darüber nachdenke, hierzubleiben gibt es schon ganz gute Möglichkeiten. Die normalen Studiengebühren sind finanzierbar für mich, aber nur, wenn ich auf Deutsch¹ studieren kann. Aber niemand achtet auf den psychischen Stress, den es bedeutet, wenn du versuchst, hier legal leben zu können. Es ist so schwierig, Praktikumsplätze oder so was zu finden.

Wir versuchen, uns gegenseitig mit Infos zu helfen, die wir von der Stadt bekommen und in Gruppenchats miteinander teilen. Wir haben alle dasselbe Ziel: Wir alle wollen unsere Ausbildungen oder unser Studium weiterführen und unser Leben wieder aufbauen. Aber ehrlich gesagt habe ich Angst, mein Leben lang abhängig von einem System zu sein, das sich weder um mich noch um mein Wohlbefinden schert. Es ist hart, klar zu bleiben währenddessen. In den meisten Nächten weine ich mich in den Schlaf. Wen kann ich wirklich nach Hilfe fragen...? Also wenn mich jemand fragt, wies mir geht? Mir geht es nicht gut. Außerhalb der Institutionen habe ich viele nette Deutsche getroffen, Menschen, die helfen wollen. Sie versuchen emotional und bei rechtlichen Fragen für mich da zu sein, aber da ist einfach nicht so viel, was sie tun können. Das System denkt nicht über Menschen in meiner Situation nach – sie schon. Und ich bin froh, sie getroffen zu haben. Einer der Gründe, warum ich noch die Kraft habe zu kämpfen und zu leben. Ich habe in Betracht gezogen, mein Leben zu verlieren und an manchen Stellen war es gar keine so schlechte Option.

Was bringt es dir, heute zu leben, wenn dein Morgen nicht zu einem gewissen Teil sicher ist?

Was bringt es dir, heute zu leben, wenn dein Morgen nicht zu einem gewissen Teil sicher ist? In meinem Kopf tobt ein ständiger Krieg, aber ich bin froh, noch hier zu sein.

red

Was bringt es dir, heute zu leben, wenn dein Morgen nicht zu einem gewissen Teil sicher ist? In meinem Kopf tobt ein ständiger Krieg, aber ich bin froh, noch hier zu sein.

red

¹ Die Möglichkeit, Medizin auf Englisch zu studieren, besteht in Deutschland nur an Privatuniversitäten. Die Studiengebühren sind extrem hoch.

Bürokratische Zukunftslosigkeit.

(Illustration: Findus)

Vom Standpunkt des Kommunismus aus, bestenfalls fragwürdig

Zur politischen Ökonomie der russischen Aggression

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat der russische Angriff auf die Ukraine kaum wahrnehmbare Versuche von Seiten der radikalen Linken gezeitigt, denselben zu verstehen. So bleibt etwa die Frage nach einem möglichen russischen Imperialismus meist unbeachtet. Das Schweigen, besser: das um Neutralität bemühte Rumeiern weiter Szenekreise zeigt, wie die Auffassung einer bipolaren Weltordnung das Ende des Kalten Kriegs überdauert hat. Sofern man sich überhaupt um eine Überwindung dieses Bezugsrahmens bemüht, erwies sie sich als primär rhetorischer Natur. Ein Bezugsrahmen, der kritisches Denken hemmt und erschwert, was Aufgabe einer radikalen Linken zu sein hätte: „Kritik in emanzipatorischer Absicht“ zu formulieren (Postone 2003). Stattdessen ergeht man sich in betretenem Schweigen, dem Wiederholen pazifistischer Allgemeinplätze, der anachronistischen Beschwörung alter Parolen – der „Hauptfeind steht im eigenen Land“ (Redical M) – und der Rede von verletzten russischen Sicherheitsinteressen. Begriffsloser Antifaschismus hier und sich wie NGOs gebärdende kommunistische Zusammenschlüsse da vernebeln die Sicht auf Ereignisse, die eine Klärung zentraler Kategorien und Begriffe geradezu erzwängen.

Krieg als politische Aktion

Zu kritisieren ist zunächst eine Verhaltensweise, die seit 9/11 regelmäßig zu beobachten war. So wie damals auf die Verurteilung der Tat allzu oft der Verweis auf etwaige Verbrechen des amerikanischen Hegemons folgte, münden gegenwärtig zu viele Gespräche mit Linken über Russlands chauvinistische Aggression in Gerede über „die Einkreisung Russlands durch die NATO“. Nicht genug damit, dass hier ohne Umschweife an Motive russischer Staatspropaganda angeknüpft wird, es wird eine politische Aktion – der Überfall – zur, wenn auch abzulehnenden, Reaktion entstellt. Das dualistische Denken in den Kategorien des kalten Krieges, das den Zusammenbruch des Ostblocks überdauerte, verschleierte die dem kriegerischen Gewaltakt zugrundeliegende Politik oder rechtfertigt sie im schlimmsten Fall implizit.

Wichtig ist also die Kritik an einer reflexartigen antiwestlichen Parteinahme anlässlich kriegerisch ausgetragener Konflikte. Was Moishe Postone mit Blick auf 9/11 feststellte, gilt noch heute: die radikale Linke tut sich schwer zu erkennen, dass den heutigen Antagonisten der westlichen Ordnung überhaupt kein progressiver Charakter zugesprochen werden kann. Dies gilt für die Taliban ebenso wie für China oder Putin-Russland, sie alle tragen keinen Funken emanzipatorischen Potenzials in sich.

Russlands propagierter Kriegsgrund dockt an die unbewusst vollzogene Identifizierung der NATO mit den USA an. Opposition gegen den Westen wird unabhängig von ihren konkreten Inhalten und Motiven für antihegemonial gehalten. Diese Haltung ist auch Ausdruck einer Krise der Linken, für deren pro- wie antisowjetischen Teile die UdSSR als Gegenhegemon eine „welthistorische Bezugsgröße“ (Gerber 2018) war. Die durch den Zusammenbruch der UdSSR aufgerissene Lücke im linken Bezugsystem ist bis heute bestenfalls notdürftig geflickt worden. Aus ihr resultiert einerseits das blindwütige Augenverschließen, mit dem sich das russische Handeln zu einer Art Präventivkrieg ummodellieren lässt und andererseits die Sorge davor, dass eine antirussische Parteinahme im aktuellen Konflikt von Genossinnen und Genossen als umstandslose Bejahung des westlichen Modells verstanden werden könnte.

Zum ökonomischen Grund des russischen Angriffskrieges

Das postsowjetische Russland unterscheidet sich durch seine eher personale Herrschaftsstruktur deutlich von westlich-kapitalistischen

Demokratien. Eine Oligarchenklasse, die sich auch aus der sowjetischen Bürokratie, Partei-hierarchie und dem Militär rekrutiert hat (vgl. Deutscher 1981), profitierte von der Privatisierung des vormaligen Staatseigentums und konnte so Produktionsmittel zu Spottpreisen erwerben. Sie bilden die Akteure in einem mafiosen System um Beute kämpfender Banden bzw. Rackets, das in den ersten Jahren nach seiner Entstehung ausschließlich auf offener Gewalt beruhte. Putin konnte sich schließlich „als deren Meister an die Spitze“ setzen (Fuchshuber 2019), indem er einzelne unliebsame Oligarchen mit Signalwirkung ausschaltete und den Verbliebenen weitgehende Handlungsfreiheit garantierte, solange sie seinen Machtanspruch nicht in Frage stellen und minimale finanzielle Abgaben leisten. Mit Hilfe dieser Schutzgelder kann der Staat eine rudimentäre Daseinsvorsorge für die Bevölkerung gewährleisten und sich so seine Legitimität sichern. Die so durch Putin geschaffene Ordnung ist jedoch stets prekär.

Hinzu trat mit der Zeit ein ideologisches Bezugssystem, der bereits von Lenin beklagte und seither nicht überwundene „großrussische Chauvinismus“, einschließlich seiner völkischen Züge. Dieses ideologische Moment wurde umso wichtiger, je mehr die ökonomische Stagnation drohte und die Stabilität des mafiosen Systems gefährdete (Åslund 2019). Die Folgen eines Scheiterns hätten für Putin und den Bestand des russischen „Rackett-Staat[es]“ (Fuchshuber 2019) unkalkulierbare Folgen. Dabei ist keineswegs ausgemacht, dass die gegenwärtig verhängten Sanktionen Russland dauerhaften Schaden zufügen werden. Nicht nur hat sich Russland mit der nördlichen Schwarzmeerküste eines wichtigen Knotenpunktes globalen Handels bemächtigt, auch die sino-russischen Beziehungen sind stabil wie nie. Langfristig könnte der Krieg gar zu einer ökonomischen Stabilisierung Russlands beitragen. Eine solche Stabilisierung ist einerseits auf eine funktionierende Nationalökonomie und andererseits auf den prekären Frieden zwischen den konkurrierenden Oligarchen und Banden angewiesen.

Ein im Wesentlichen völkisch begründeter Angriffskrieg gegen einen externen Feind hat in einer prekären Situation eine einheitsstiftende Wirkung und lässt sich, da seine Grundlage der „rassistische Panslawismus“ ist, als „kontinentalimperialistisch“ (Arendt 2016) charakterisieren. Putin übernimmt in seinen Reden die chauvinistische Unterscheidung zwischen Groß- und Kleinrussen und begründet den Anspruch Russlands auf die Ukraine nicht zuletzt in völkischer Manier.

Antiliberalismus und ökonomischer Überlebenskampf

Putins völkisches Denken, sein Hass auf den Liberalismus sind dabei dem russischen Mafia-System nicht äußerlich, im Gegenteil. Denn die Freiheit des Einzelnen, wie prekär auch immer,

haust ausschließlich in solchen Gesellschaften, in denen Kapital und Markt als zugleich zentrale und anonyme Instanzen gesellschaftlicher Vermittlung fungieren. Statt Ausdrücke einer überlegenen westlichen Kultur, wie manche Kulturpositivisten hierzulande zu glauben scheinen, sind sie Elemente der angemessenen Formen der Vermittlung von Herrschaft. Das brutale, auf männerbündische Treue und Gewalt fußende Bandenwesen des russischen Mafiastaats hat also allen Grund, sich vor jedweder Öffnung in diese Richtung zu fürchten, die dessen vitale Interessen gefährden muss. Schließlich ist es von Moskau bis Kabul, von Teheran bis Hongkong kein Geheimnis, dass es sich unter der anonymen Vermittlung des Marktes schöner leben lässt, als in Abhängigkeit von Gunst und Ungunst irgendwelcher Bandenchefs.

Solcherlei liberale und bürgerliche Forderungen, wie sie von der russischen Opposition erhoben werden, erheischen zu ihrer Umsetzung gesellschaftliche Vermittlungsinstanzen, deren liberal-kapitalistischer Charakter inkompatibel mit jeder Bandenherrschaft ist: eine unabhängige Justiz, freie, gleiche und geheime Wahlen, eine unabhängige Presse und politische Freiheiten für die Bürgerinnen und Bürger. Im völkisch-kulturell überformten Abwehrkampf dagegen bestätigen Putin und andere reaktionäre Gegner des Liberalismus dessen Universalität: Wäre er wirklich inkompatibel mit der „russischen Seele“, müsste er nicht bekämpft werden.

Wider die Gespenster der Vergangenheit

Mindestens zwei Dinge sind aktuell zu reflektieren. Erstens ist das bandenmäßig organisierte russische System tatsächlich inkompatibel mit demokratischen Instanzen und apersonaler Vermittlung. Das liegt jedoch nicht an der von Putin und manchem Russlandkenner behaupteten „russischen Seele“, sondern daran, dass die wenigen Profiteure dieses Systems ihren Profit nur auf Basis des derzeit bestehenden Klientel-systems einstreichen können. Zweitens plädieren wir dafür, das bisher von weiten Teilen der politischen Linken nicht überwundene dualistische Denken des Kalten Krieges abzulegen, welches reflexhaft zur antiwestlichen Parteinahme neigt und somit auch unempfänglich für den repressiven und reaktionären Charakter des heutigen Russland ist:

„Wer am verdinglichten Dualismus des Kalten Krieges festhält, läuft Gefahr, eine Politik zu treiben, die vom Standpunkt menschlicher Emanzipation, vom Standpunkt des ‚Kommunismus‘ aus, bestenfalls fragwürdig wäre, wie viele Menschen sie auch ansprechen mag.“ (Postone 2003)

roter abris

Dieser gekürzte Text enthält Teile unserer fortlaufenden Auseinandersetzung mit der russischen Aggression.



„Na Zapad!“ – „nach Westen!“ – zierte die Panzer der Roten Armee im Krieg gegen Nazideutschland. Heute ziehen russische Soldaten gegen Westen im Kampf gegen die Freiheit. (Foto: Kirill Kudryavtsev/afp)

→ Fortsetzung von Seite 2: Protestkultur in Aachen

23. April: Großdemonstration mit ca. 3.000 Menschen in Lützerath mit der Nachricht an die Landesregierung NRW: „So wird es aussehen, wenn ihr versucht Lützerath zu räumen.“

22. April: Lützerath bleibt! RWE stoppen Demo in Aachen.

20. April: Demo in Solidarität mit der kurdische Freiheitsbewegung am SuperC. „Stoppt den türkischen Angriffskrieg und die Besatzung in Kurdistan!“ ist eine der Forderungen, die viele Menschen auf die Straße bringt. Auslöser für die Demo ist der Start einer erneuten Großoffensive des türkischen Staates gegen die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete (Medya-Verteidigungsgebiete) in Südkurdistan.

11. April: Banner am Parkhaus des Verwaltungsgerichts in Aachen in Solidarität mit Lützerath. Das Oberverwaltungsgericht erlaubt RWE, Lützerath platt zu machen. Die Wut darüber bringen einige Menschen mit dem Banner zum Ausdruck: „Defend Lützerath #Lützibleibt (A)“.

09. April: Frühlingsfest in Lützerath.

02. April: Die Omas gegen Rechts Aachen laden zu einer Solidaritätskundgebung am Elisenbrunnen ein. Es wird den an Corona Verstorbenen und den Opfern des russischen Angriffskrieges gedacht.

01. April: Skillshare-Wochenende in Lützerath inklusive Austausch über das neueste Gerichtsurteil.

28. März: Ende Gelände und Fridays For Future rufen zu einer wütenden Spontandemo am Elisenbrunnen auf, da das Oberverwaltungsgericht die Räumung Lützeraths erlaubt.

25. März: Globaler Klimastreik von Fridays For Future mit ca. 2.000 Menschen zieht in vier Demoblöcken durch die Stadt.

25. März: Bannerdrop zum Klimastreik am Bahnhof Aachen Schanz mit der Botschaft: „System change not climate change“.

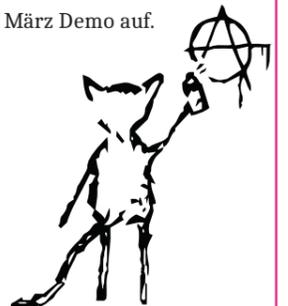
24. März: Adbusting in mehreren Werbetafeln in der Innenstadt von Fridays For Future zum Klimastreik. „Wir streiken! Fürs Klima und Gerechtigkeit! Another world is possible!“

08. März: Ca. 450 Menschen ziehen durch die Aachener Innenstadt und demonstrieren gegen das Patriarchat!

08. März: Graffiti am Rathaus in Aachen sagt: „Smash Patriarchy“.

07. März: Queerfeministische Vorabend-Tanzdemo zum 8. März. „Jeden Tag gegen das Patriarchat – Feminismus bleibt intersektional“.

04. März: „Raus zum feministischen Kampftag!“ Mit Plakaten in der Stadt rufen die Gruppen Bündnis für ein Ende der Gewalt und IFemA zur 8. März Demo auf.



Szene-Glossar

Heute: Ermittlungsausschuss (EA)

Wer kennt es nicht? Du bist neu in der linken Szene unterwegs und bei der nächsten AfD-Gegendemo wo du das erste Mal bei einer Sitzblockade mitmachen willst schreiben sich alle so eine Handynummer auf den Arm und reden die ganze Zeit von „EA-Nummer“. What? Wär aber auch peinlich jetzt nachzufragen oder? Ermittlungsausschuss heißt Antirepressionsgruppe, diese hilft Menschen, die sich politisch betätigen und dadurch von staatlicher Repression betroffen sind. Also Hilfe die du dringend brauchst, z.B. wenn du bei der Sitzblockade eine Anzeige bekommst. Die Nummer vom EA auf dem Arm stehen zu haben hilft dir, wenn du festgenommen wirst. Dann werden dir die Cops alles abnehmen, aber ein Anruf steht dir zu und dann ist es praktisch wenn du die Nummer auf dem Arm hast. Der EA kümmert sich dann darum, dass du da möglichst schnell raus kommst und danach nicht alleine bist.



red

EA Aachen Kontakt:

<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/ermittlungsausschuss/aachen.html>

Sprechzeiten:

Mittwochs in den geraden Kalenderwochen ab 19:00 Uhr im Infoladen Aachen (Bismarckstr. 37)

Lösung Kreuzworträtsel Ausgabe Nr. 7



Das Lösungswort war: „Nudelbox“.

Impressum

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen
tacheles-aachen@riseup.net

Tacheles Nr. 8, Juli 2022 - Auflage 1.000 Stück

V.i.S.d.P.: Miriam Schmidt
Ahornstr. 25, 52074 Aachen

Die Verteiler*innen der Zeitung sind nicht identisch mit den Herausgeber*innen. Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den*die Adressat*in Eigentum des*der Absender*in. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen an den*die Absender*in zurückzusenden.

Beteiligte Gruppen

AK Antifa Aachen

<<akantifaac.noblogs.org>>

Bürger*innenasyll Aachen

<<buergerinnaasyllaachen.noblogs.org>>

Diskursiv Aachen

<<diskursivaachen.noblogs.org>>

Knit & agitate

<<knitandagitate.noblogs.org>>

Recht auf Stadt Aachen

<<rechtaufstadt-aachen.de>>

Horoskop mit Imke

Krebs (22.06.-22.07.): Jetzt mach den ersten Schritt und sag der Person endlich, dass du sie magst. Yallah!

Löwe (23.07.-23.08.): Dich erwartet eine Umstellung in deinem Leben. Doch Abschied heißt: Was neues kommt, denn anderswo gibt's ein „hallo“.

Jungfrau (24.08.-23.09.): Lass die Kirche mal im Dorf, die Pferde im Stall und den Affen im Käfig. Nicht ständig alles übertreiben!

Waage (24.09.-23.10.): Wenn du weißt, was du willst, werden dir Entscheidungen deutlich leichter fallen. Finde eine Entscheidung für das Problem, was dir seit Monaten den Kopf zerbrösel.

Skorpion (24.10.-22.11.): Nur weil Skorpion dein Sternzeichen ist, muss du nicht grundlos deinem Umfeld den Stachel geben. Das tut weh und ist verletzend!

Schütze (23.11.- 21.12.): Lasse die Dinge mal auf sich beruhen! Manchmal brauchen diese eben Zeit, um sich zu ergeben und zu entwickeln.

Steinbock (22.12.- 20.01.): Bleibe gespannt, die kommenden Monate werden aufregend!

Wassermann (21.01.-19.02.): Nimm dir nur Dinge vor, die du auch wirklich schaffen kannst. Ständiges Resignieren schadet der Motivation.

Fische (20.02.- 20.03.): Sich Sensibilität von anderen einzufordern heißt, diese auch selber mal zu zeigen!

Widder (21.03.- 20.04.): Schreibe einer*m alten Freund*in doch mal wieder. Die erste Person, an die du dachtest, ist die Auserwählte.

Stier (21.04.-20.05.): Nimm dich vor Kreisverkehren in Acht. Am Ende bleibst du noch stecken!

Zwilling (21.05.-21.06.): 9€-Ticket regelt! Nimm dir Zeit, fahr weg, mach was Entspanntes bevor die Ruhe vor dem Sturm vorbei ist.



Über uns

Das Wort „Tacheles“ kommt aus dem Jiddischen und bedeutet so viel wie Klartext reden - genau das ist unser Anspruch als linkes Zeitungsprojekt in Aachen. Wir wollen eine kritische Perspektive auf das Geschehen in und um Aachen werfen und in unseren Beiträgen Menschen zu Wort kommen lassen, die sonst oft nicht gehört werden. Die Zeitung ist ein gemeinsames Projekt der Aachener Gruppen AK Antifa, Bürger*innenasyll, Diskursiv, Knit & Agitate und Recht auf Stadt und wird herausgegeben von einem Redaktionskollektiv. Sie erscheint aktuell alle drei Monate. Die geäußerten Meinungen entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion, für die Texte und Inhalte sind die jeweiligen Autor*innen bzw. interviewte Menschen verantwortlich. Wir freuen uns über Kritik, Fragen, Anregungen und Leser*innenbriefe! Die Zeitung ist bis auf weiteres kostenlos erhältlich, deswegen ist jede Spende gern gesehen, um unsere Kosten zu decken.

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen

- ➔ tacheleszeitung.noblogs.org
- ➔ tacheles-aachen@riseup.net



Hier findest du die neuste Ausgabe der Tacheles

- ➔ Infoladen Aachen, Bismarckstr. 37
- ➔ Pfannenzauber, Suermondplatz 12
- ➔ Buchladen 39, Pontstr. 39
- ➔ Lola Paroli, Friedrichstr. 117 (keine Spendenmöglichkeit)
- ➔ Bar Cantona, Bismarckstr. 47 (keine Spendenmöglichkeit)



Kreuzworträtsel

Gewinnspiel: Schick uns das Lösungswort bis zum 01. Oktober 2022 an tacheles-aachen@riseup.net und gewinne ein Paket zapatistischen Kaffee oder Kakao!

Wir melden uns kurz vor Erscheinen der nächsten Ausgabe bei allen Teilnehmer*innen.

Viel Glück!

Eine Schlange Ausdruck des Bedauerns Lachgeräusch	Laut Polizei sind z.B. Strohsäcke eine passive ... Europ. Richtlinien (Abk.) Spanisch: Ja Propaganda der ... Wort des Widerspruchs Aktivistin der Black Liberation Army (... Shakur) Kurz: Solidarisch Zukünftig (in ...) ... und Schwefel	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Niederländische Stadt (Den ...) Ein Kartellstreifen Ein Name Span. Artikel Pferde-Zahnegel Lat.: Würfel Maßinheit für Energie Ein erwachsenes Album (... in Despair) Geldbeschaffungsmethode Aufforderung, mit Zähnen zuzuschneiden Kellner "Ja" auf Englisch Schlächten Machen Registerkarte (Browser) Verkaufsbude In dem Italienische Stadt Gerät zum Haare sortieren	Braunkohle-Infrastruktur braucht ... Engl. "es" Ermittlungsausschuss Halte-Vorrichtung Heilpflanze des Jahres 2009 Mangel durch Bildung eines Gewebes Ewok-Heimat Vorname der Adamzack Fluss in GB Engl. Idee Kurz: National-Sozialismus Einvernehmlichkeit	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15